

P R O T O K O L L

über die 6. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 6. Februar 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr
ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:
Bürgermeister Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Schloßgangl Othmar
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Ing. Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ernst Platzer
Erna Probst
Franz Ramoser
Franz Rohrauer
August Schlager
Gertrude Schreiberhuber
Ernst Seidl
Franz Steinparzer

Franz Strasser
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremel
Alfred Wallner
Wolfgang Wieser
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Franz Knapp
Obermagistratsrat Dr. Gottlieb-
Zimmermann Peter
Dr. Kurt Schmidl
Techn. Dir. TOAR. Ing. Wolf-
gang Wein
OAR. Riedler Helmut
Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor Magistratsrat
Dr. Gerhard Alphasamer
VB. Eveline Winklmayr

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|--------------|--|
| Ha-6927/85 | ASKÖ Stockschiützenverein Waldrandsiedlung; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| Ha-5108/85 | UNION-Tennisclub Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| Ges-3461/76 | Bestandsaufnahmen im Wehrgraben; Verpflegungskosten für eine Studentengruppe der Technischen Universität Wien. |
| GHJ2-7687/85 | Städt. Zentralaltersheim; Durchführung von Bodenverlegearbeiten. |
| GHJ2-2003/85 | Gemeindeeigenes Objekt Straße des 12. Februar 2; Instandsetzungsarbeiten; Auftragserweiterung. |
| Bau5-877/84 | Feuerwehrdepot Münchenholz; Zusatzarbeiten. |
| GHJ2-5293/85 | Heimatismuseum Grünmarkt; Herstellung einer Drainage; Auftragserweiterung. |
| GHJ2-7654/85 | Heimatismuseum Grünmarkt; Installierung einer Feuerwehr-Schlüsselbox-Anlage. |
| Bau3-6033/85 | Herstellung einer BMX-Bahn am Resthof; Genehmigung der Mehrkosten. |
| Ha-40/85 | Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1986. |
| Ha-5509/77 | Mittel aus der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz an die Stadtwerke. |

VerkR-1296/82
HV-43/81

Reduzierung der Garagenmiete im Stadtteil
Resthof; Zuschuß durch die Stadtgemeinde
Steyr.

Bau5-5400/84

Städt. Zentralaltersheim; Zentralsperran-
lage; Auftragserhöhung.

Schul-7941/85

Ankauf eines Kopiergerätes für die SO 2
Punzerstraße.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha-7755/85 Rückzahlung der für das Jahr 1985 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.
- 2) Schu-5616/85 Wirtschaftshilfe für Studenten Innsbruck; Ankauf von Heimplätzen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Bau5-2770/83 Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftl. Frauenberufe Steyr; Mittelfreigabe 1985.
- 4) Bau5-2770/83 Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftl. Frauenberufe Steyr; Mittelfreigabe 1986.
- 5) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Instandhaltung von Anlageteilen des Reinhaltungsverbandes durch Bedienstete der Stadt Steyr; Refundierung der Kosten an die Stadt.
- 6) Ha-2388/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich - Gemeindereferat für den Bauabschnitt 03 der Abwasserbeseitigungsanlage; Haftungsübernahme durch die Stadt Steyr.
- 7) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage - Schlammmentwässerungsanlage; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten; Auftragserweiterung.
- 8) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage - Schlammmentwässerungsanlage; Stromversorgung.
- 9) Bau6-1460/82 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Hauptsammler A/3. Teil, Baulos Wehrgraben; Erd- und Baumeisterarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 10) Bau3-266/80 Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Straßenbau; Schlußrechnung.
- 11) Bau3-4550/73 Landes- und Bezirksstraßen im Stadtgebiet; Erhaltungsübereinkommen.
 Bau3-3660/83
- 12) Bau4-7380/84 Neubau der Direktionsbrücke; Errichtung eines Teilstückes des HS A/3. Teil, Wehrgraben.
 Bau6-1460/82

- | | |
|----------------------------------|---|
| 13) Bau6-6488/84 | Kanalisation der Stadt Steyr, BA 04; Errichtung des Nebenkanales Zirerstraße. |
| 14) ÖAG-7942/85
Städt. Wi-Hof | Anschaffung von Kommunaltraktoren. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- | | |
|------------------|--|
| 15) Bau2-4557/85 | Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr; Änderung Nr. 25 - "Krenngründe". |
| 16) Bau5-5844/78 | Baubewilligungsverfahren "Wohnungsfreunde" Gemeinn. Bau- und Siedlungs-Gesellschaft m.b.H. Linz zur Errichtung der Wohnhausanlage "Neuschönau"; Devolutionsantrag von Frau Roswitha Krauskopf. |
| 17) Bau6-6615/84 | Kanalisation Tabor - Taschlried - Resthof; Vergabe des Planungsauftrages. |
| 18) Bau6-6866/85 | Kanalisation Reichenschwall - Pyrach; Vergabe des Planungsauftrages. |
| 19) Ha-8034/85 | Zuschuß zur Unfruchtbarmachung weiblicher Hunde; Neuregelung. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- | | |
|--------------------|--|
| 20) ÖAG-7477/85 | Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1985. |
| 21) GemXIII-401/86 | Wasserzählerleihgebühren; Neufestsetzung. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- | | |
|--------------------------------|--|
| 22) ÖAG-5415/85
ÖAG-4105/81 | Betriebsansiedlung der Fa. Engel KG in Steyr; Verkauf eines weiteren Industriegrundstückes und Gewerbeförderung. |
| 23) GHJ1-6424/85 | Brennstoffankauf 1986 für die Heizstellen der Stadtgemeinde Steyr. |
| 24) GHJ2-195/85 | Sanierung der Teichanlage im Schloßpark. |
| 25) ÖAG-5477/85
ÖAG-7058/85 | Verkauf von Gewerbegrundstücken an der Wolfernstraße an die Firmen Lehner optoelektronic Gesellschaft m.b.H. und Eduard Riegler. |

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates. Ich darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Satzungen entsprechend einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich darf die Herren Gemeinderäte August Schlager und Franz Ramoser ersuchen, die Funktion der Protokollprüfer zu übernehmen. Beide haben zugesagt. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Gemeinderat Eichhübl, Herr Gemeinderat Dr. Keiler und Herr Gemeinderat Spöck. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Am Donnerstag, 30. Jänner 1986, ist der Kaufmann i. R. Kommerzialrat Emil Schachinger im 82. Lebensjahr nach längerer Krankheit im städtischen Zentralaltersheim verstorben. Wenn ich in die Reihen der Mitglieder des Gemeinderates schaue, so bin ich sicher, daß nur wenige von Ihnen wissen, wer Emil Schachinger war und warum wir heute seiner gedenken. Er gehörte immerhin 12 Jahre lang dem Gemeinderat der Stadt Steyr an und darum sollen ihm heute diese Worte des Gedenkens gewidmet sein.

Emil Schachinger wurde am 19. Dezember 1904 als Sohn einer alteingesessenen Steyrer Kaufmanns-Familie geboren. Nach der Reifeprüfung im Jahre 1923 war er im elterlichen Gemischtwarenhandelsbetrieb mit tätig und übernahm diesen im Jahre 1937. Schon 1938 war er in der damaligen Interessensvertretung des Handels als Funktionär tätig und war um die fachliche und schulische Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses bemüht. Nach dem 2. Weltkrieg im Jahr 1950 wurde Emil Schachinger in den Handelsbeirat der Bezirksstelle Steyr der OÖ. Handelskammer berufen. Von 1955 bis 1970 bekleidete er die Funktion eines Vorstandes der Abteilung Handel in der Kammerbezirksstelle und war 1960 als Gremialausschußmitglied des Lebensmittelkleinhandels der OÖ. Handelskammer in Linz tätig. Diese Zeit ist fast identisch mit den Jahren seiner Tätigkeit im Rahmen des Gemeinderates. Im November 1955 wurde er von der Österr. Volkspartei in den Gemeinderat der Stadt Steyr entsandt und war vorerst in verschiedenen gemeinderätlichen Ausschüssen tätig. Im Mai 1958 wurde er zum Stadtrat gewählt und bekleidete diese Funktion bis zu seiner Ablösung im Oktober 1967. Als Stadtrat war er für Gewerbeangelegenheiten zuständig. Emil Schachinger war stets um eine loyale Zusammenarbeit bemüht und hatte stets das Wohl seiner Heimatstadt im Auge. Alle, die ihn persönlich gekannt haben, werden ihn stets als umgängigen und geselligen Menschen in Erinnerung behalten. Auch die Stadt Steyr und der Gemeinderat der Stadt werden Emil Schachinger ein ehrendes Angedenken bewahren.

Ich darf Sie um eine Gedenkminute bitten.

Ich danke Ihnen für die Kundgebung.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung, zu der Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen nicht vor.

Zum dritten Punkt Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einiges bekanntgeben. Im Nachhang zu der in der letzten Sitzung einstimmig beschlossenen Resolution darf ich Ihnen allen mitteilen, daß ich diese Resolution in der Zwischenzeit an den Herrn Bundeskanzler Dr. Sinowatz, Herrn Bundesminister Lazina, Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und Herrn Landesrat Dr. Leibenfrost mit dem dringlichen Ersuchen weitergeleitet habe, um die Verhandlungen zwischen Bund und Land zwecks Verlängerung des Sonderförderungsabkommens für die Krisenregion Steyr wieder aufzunehmen. Ich möchte dem Gemeinderat auch eine Mitteilung des Präsidenten der Post- und Telegraphendirektion für OÖ. bekanntgeben, wonach in Steyr in der Hans-Wagner-Straße eine weitere öffentliche Fernsprechkabine errichtet wurde.

Dieser Umstand stellt eine erfreuliche Verbesserung der Infrastruktur dar. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch mitteilen, daß namens der GAL-Liste mir kürzlich ein Ansinnen übergeben wurde, einen Antrag auf Beschlußfassung einer Protestnote gegen die Errichtung der Wiederbereitungsanlage ich Wackersdorf in der Bundesrepublik Deutschland zu stellen. Ich kann aber diese Eingabe nicht behandeln, weil sie weder dem Statut, noch der Geschäftsordnung entspricht und ich bitte Sie daher um Kenntnisnahme.

Ich darf Ihnen noch eine weitere interessante Mitteilung machen. Die OÖ. Gebietskrankenkasse wird Ihre Einrichtung in Steyr in der Sepp-Stöger-Straße ausbauen und ein diesbezüglicher Beschluß des Bauausschusses wurde vor wenigen Tagen gefaßt. Es handelt sich um ein Gesamtbauvolumen von mehr als S 30 Mio. Ich glaube, das ist sicher interessant für unsere Stadt und es wird angestrebt, die Baubewilligung so rasch als möglich zu realisieren und damit auch eine Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen.

Meine Damen und Herren, in der letzten Zeit hat es in den Statutarstädten - die Presse hat darüber berichtet - mehrmals Mitteilungen über die Entwicklung auf dem Gaspreissektor gegeben und hier darf ich Ihnen mitteilen, daß die OÖ. Ferngas ab 1. 2. 1986 auf den Arbeitspreis einen Nachlaß in Höhe von 20 % gewährt, wobei dieser vorläufig bis 30. 6. 1986 befristet ist. Im Interesse der Gasbezieher in Steyr wird derzeit über meine Veranlassung mit der Betriebsleitung der Stadtwerke über die Auswirkung des Gastarifes des Gaswerkes Steyr verhandelt. Aus administrativen Gründen ist keine Sonderablesung notwendig, sondern es wird für die Abnehmer die zu erwartende Kostenreduktion anläßlich der Jahresabrechnung Berücksichtigung finden.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieser Mitteilungen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nunmehr bitten, auch gem. § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Einladung bei.

Wir kommen damit zu Punkt 5 der Tagesordnung, zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche Kollegen Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Seit dem Jahre 1975 wird dem Wunsch der Steyrer Sportvereine um Erlassung der Lustbarkeitsabgabe in der Form entsprochen, daß die für Sportveranstaltungen anfallende Lustbarkeitsabgabe von den Vereinen zwar einbezahlt, aber nach Abschluß des Sportjahres im Subventionsweg wieder zurückerstattet wird. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) Ha - 7755/85

Rückzahlung der für das Jahr 1985 von
Steyrer Sportvereinen abgeführten Lust-
barkeitsabgabe im Subventionswege

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. 12. 1985 werden folgende im Jahr 1985 abgeführten Lustbarkeitsabgabebeträge für Sportveranstaltungen in Höhe von

S 348.995,-- (dreihundertvierzigachttausendneunhundertneunzigfünf)

an die in der Folge angeführten Steyrer Sportvereine im Subventionsweg rückerstattet, wobei in diesem Fall die vom Gemeinderat verfügte 20%ige Kreditsperre nicht zu Anwendung gelangt:

SK Vorwärts Steyr	Sektion Fußball	S 286.326,--
SK Amateure Steyr	Sektion Fußball	S 12.463,--
SK Amateure Steyr	Sektion Boxen	S 2.860,--
ASV Bewegung	Sektion Fußball	S 2.062,--
ASV Bewegung	Sektion Basketball	S 1.899,--
ATSV Stein	Sektion Fußball	S 1.458,--
Reitclub Steyr		S 1.868,--
ATSV Vorwärts Steyr	Sektion Fußball	S 1.761,--
ATSV Vorwärts Steyr	Sektion Eishockey 84/85	S 38.298,--
		<u>S 348.995,--</u>

Der Betrag von S 38.298,-- für den ATSV Vorwärts Steyr, Sektion Eishockey, ist jedoch nicht an diesen Verein zur Auszahlung zu bringen, sondern magistratsintern auf Vorbuch Lustbarkeitsabgabe umzubuchen. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 348.995,-- (dreihundertvierzigachttausendneunhundertneunzigfünf)

bei der VSt 1/269000/757000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Ihre positive Bescheidung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL-Steyr ist das erste Mal dabei, wenn ein Sportverein die Lustbarkeitsabgabe wiederbekommen soll. Wir sind der Meinung, daß die Sportvereine sehr sehr viel Geld bekommen und wenn sie jetzt die Lustbarkeitsabgaben neuerlich zugesprochen bekommen, so kann es doch möglich sein, daß heuer oder nächstes Jahr die Rapid in Steyr spielen wird und die Aggression am Sportplatz wird steigen. Welche Maßnahmen setzen wir dagegen, daß die Aggressionen nicht nur am Fußballplatz ausgetragen werden? Welche Mittel stehen zur Verfügung, damit man Jugendliche sinnvoller beschäftigen kann, als am Sportplatz zu gehen und dort die Aggressionen so weit abzubauen, daß sehr viel kaputt gemacht wird. Es gibt hier in Steyr einen Verein - die Arbeitslosenselbsthilfegruppe - der sich auch mit Jugendlichen beschäftigt, und zwar auf einem anderen Sektor, nämlich den Jugendlichen Arbeitsplätze zukommen zu lassen. Der Verein Arbeitslosenselbsthilfegruppe Steyr hat bereits einen Kurs für 20 schwer vermittelbare Steyrer Jugendliche mit großem Erfolg abgehalten. Dieser Kurs ist sehr schwer abzuhalten, denn die Jugendlichen sind schon sehr lange aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert und können nur sehr schwer wieder eingegliedert werden. Darum ist der Kurs notwendig und Land und Bund sehen das ein und stellen große Gelder zur Verfügung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Ramoser, aber das hat mit dem gegenständlichen Antrag wirklich nicht das Geringste zu tun. Hier geht es um Subventionen für Sportvereine.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es geht hier um sehr viel Geld und Geld kann man auch so verwenden, daß man neue Arbeitsplätze schafft. 80 % der Kursteilnehmer, die den letzten Kurs besucht haben, sind heute einer geregelten Arbeit nachgegangen. Das sind wirklich Erfolge, die man nicht so vom Tisch räumen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Ramoser, dazu können Sie in der Aktuellen Stunde sprechen, aber hier steht das nicht zur Debatte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich sehe aber einen unmittelbaren Zusammenhang, Herr Kollege, und ich möchte das bitte noch ausführen. Für diesen erfolgreichen Kurs wurden von der Arbeitsmarktförderung, Land und Bund S 499.000,-- zur Verfügung gestellt. Hierbei wurden die Lohnkosten der Kursteilnehmer separat berechnet. Vom Magistrat Steyr wurde für diesen Kurs ein Betrag von S 15.000,-- zur Verfügung gestellt. Wenn ich das jetzt mit den Subventionen für die Lustbarkeitsabgaben an die Sportvereine mache, so ist das ein Kleinstbeitrag und ich stelle mir halt vor, wenn wir einen Teil dieser Gelder den Jugendlichen zuführen, so können wir doch einen großen Teil der Sorgen der Jugendlichen hinwegwischen, indem wir Ihnen Arbeitsplätze schaffen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Ramoser, ich sage es Ihnen noch einmal, Sie können darüber in der Aktuellen Stunde sprechen, aber hier steht gant etwas anderes zur Debatte, ansonsten muß ich Ihnen das Wort entziehen, denn hier geht es um die Lustbarkeitsabgabe für Sportvereine. Ich sehe hier keinen Zusammenhang.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich sehe hier schon einen Zusammenhang, nämlich den, daß die Jugendlichen auf den Fußballplätzen auch ihre Arbeitsplätze brauchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nein, ich muß Ihnen das Wort entziehen, Herr Kollege, das ist ein ganz andere Sache. Es geht um die Lustbarkeitsabgabe. Als nächster Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist ein ungeheuerlicher Vorwurf, den der Herr Gemeinderat Ramoser hier macht, indem er sämtliche Sportplatzbesucher als Randalierer und Vandalen bezeichnet. Gegen diesen Vorwurf muß man sich verwehren, weil es eine Verunglimpfung aller Sportplatzbesucher darstellt, die sich jahraus jahrein sich an den Spielen, an dem Können verschiedener Sportarten erfreuen. Wenn heute hier die Lustbarkeitsabgabe für Sportvereine so verstanden wird, indem man sie refundiert, daß damit der Vandalismus unterstützt und gefördert wird, dann muß das energisch zurückgewiesen werden. Ich kann daher von der Fraktion der sozialistischen Partei nur ganz eindeutig erklären, daß diese Sportförderung im Interesse der Sportvereine der Stadt Steyr liegt und wir dem Antrag natürlich zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt noch Wortmeldungen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, die GAL-Steyr erkennt wirklich die Situation in unserer Stadt in bezug des Betreibens des Sportes und überhaupt auch wie weit Mittel für diese Sportvereine gewährt werden. Weil eben so wenige öffentliche finanzielle Mittel für den Sport zur Verfügung gestellt werden, ist es ja seit vielen Jahren notwendig, daß auch die Stadtgemeinde Steyr Förderungsmittel zur Verfügung stellt, damit eben auch der Breitensport - wenn die Arbeiter und Angestellten in ihrer Freizeit Sport betreiben wollen, auch die Möglichkeit vorfinden - betrieben werden kann. Die Stadtgemeinde gibt ja viele Millionen Schillinge aus, um die Voraussetzungen zu schaffen. Aber das ist ja zu wenig. Wie wir sehen, sind die Sportvereine gezwungen, immer wieder Betteln gehen zu müssen zur Gemeinde, damit sie den Sportbetrieb aufrecht erhalten können. Hier ist zumindest eine Form der Milderung der Finanzlage der einzelnen Arbeitersportvereine in Steyr, wenn man ihnen die Rückvergütung der Lustbarkeitsabgabe hier als Förderung gewährt. Das sind S 348.000,--. Aber es ist unverständlich, wenn ein Vertreter, hinter den ja auch vorwiegend junge Menschen, wie Arbeiter, Angestellte, Intelligenzler, stehen und hier hinweisen, daß alle jene, die sportbegeistert sind, als Vandalen oder Randalierer hinzustellen. Das ist eine große Zumutung und ich möchte auch als Fraktionssprecher einer Arbeiterpartei in Steyr diese Vorwürfe gegenüber den Besuchern auf Sportplätzen zurückweisen. Noch etwas möchte ich zum Beitrag der GAL sagen. Daß dieser Breitensport in unserer Stadt überhaupt geführt werden kann, bedarf ja nicht nur finanzieller Mittel. Es bedarf Hunderten von Arbeitern und Angestellten und Beamten, die ehrenamtlich, ja oft viele Stunden in der Woche und auch Wochenenden opfern, damit eben dieser Sportbetrieb aufrecht erhalten werden kann. Daher begrüße ich diese Förderung für diese Sportvereine, weil dies zumindest Mittel sind, die unseren Sportbetrieb in Steyr aufrecht erhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke Herrn Kollegen Treml für seine Ausführungen. Gibt es noch eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich den Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Von den Debattenrednern wurde ansich schon die notwendige Antwort auf die Äußerungen des Kollegen Ramoser gegeben. Ich möchte nochmals betonen, daß diese Praxis seit dem Jahre 1975 geübt wird und immer Einstimmigkeit vorhanden war, weil wir glauben, daß wir mit diesen Beträgen eine bescheidene Förderung aller unserer Sportorganisationen und Sportvereinigungen vornehmen können. Es wird damit der Idealismus unterstützt in den Organisationen, es werden aber auch damit die Sportlerinnen und Sportler unserer Stadt unterstützt und ich möchte ein Beispiel von Steyr sagen, wo die Aggression im Vordergrund auf einen Sportplatz in Steyr gewesen ist. Ich glaube man kann sich oder wird sich daran nicht erinnern. Ich darf ersuchen, daß man diesem Antrag die Zustimmung gibt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenteilige Meinungen? 1 Gegenstimme. Keine Stimmenthaltungen. Mit einer Gegenstimme angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

(1 Gegenstimme: GAL)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Beim nächsten Antrag werden Sie gebeten, dem Ankauf von Heimplätzen für Studenten in Innsbruck zuzustimmen. Der entsprechende Antrag des Stadt-senates lautet:

2) Schu - 5615/85

Wirtschaftshilfe für Studenten in
Innsbruck; Ankauf von Heimplätzen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 13. 1. 1986 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Vertrages zwischen der Stadt Steyr und der Wirtschaftshilfe der Studenten (WIST) Innsbruck, Fürstenweg 174, zugestimmt.

Gleichzeitig wird der Ausbezahlung einer Subvention an die WIST Innsbruck in Höhe von S 140.000,-- zugestimmt. Da die Höhe der Subvention vertraglich festgelegt ist, wird im gegenständlichen Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossenen 20%igen Kreditsperre Abstand genommen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Betrag von

S 140.000,-- (einhundertvierzigtausend)

werden aus VSt 1/289000/757000 freigegeben. (Beilage A)

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Möchte dazu jemand sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Auch keine Stimmenthaltungen. Ich darf die einstimmige Annahme feststellen. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen insgesamt 7 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Die ersten beiden Anträge beschäftigen sich mit der Erweiterung der Handelsakademie und dem Bau der Frauenberufsschule.

Der erste Antrag soll noch für das Rechnungsjahr 1985 in Höhe von S 1 Mio. freigegeben werden.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

3) Bau 5 - 2770/83

Erweiterung der BHAK und HBLA für
wirtschaftliche Frauenberufe Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. 2. 1985 wurde zur Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr ein Betrag von S 3.100.000,-- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 19. 12. 1985 wird nunmehr für das Rechnungsjahr 1985 ein weiterer Betrag von

S 1.000.000,-- (eine Million)

bei VSt 5/222000/010051 für dieses Bauvorhaben freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen. Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

4) Bau 5 - 2770/83

Erweiterung der BHAK und HBLA für
wirtschaftliche Frauenberufe Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 8. 1. 1986 wird für die Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr der für das Rechnungsjahr 1986 voranschlagsmäßig vorgesehene Betrag in Höhe von

S 1.000.000,-- (einemillion)

bei VSt 5/222000/010051 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Dagegen ist niemand, auch keine Enthaltungen. Somit auch einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um die Instandhaltung von Anlagenteilen des Reinhaltungsverbandes durch Bedienstete der Stadt Steyr. Es geht hier um die Refundierung der Kosten an die Stadt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

5) Wa - 5450/75

Instandhaltung von Anlagenteilen des Reinhaltungsverbandes durch Bedienstete der Stadt Steyr; Refundierung der Kosten an die Stadt

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 3. 12. 1985 wird zur Refundierung der Kosten an die Stadt Steyr für die Instandhaltung von Anlagenteilen des RHV Steyr und Umgebung durch Bedienstete der Stadt ein Betrag von S 867.267,56 exkl. USt ausbezahlt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 876.300,-- (achthundertsiebenundsechzigtausend-dreihundert)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung für das Rechnungsjahr 1985 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag das Wort. Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Dagegen erhebt sich kein Einwand. Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch beim nächsten Antrag handelt es sich um eine Sache des Reinhaltungsverbandes, und zwar um die Förderung des Bauabschnittes 03 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land OÖ. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Ha-2388/76

Förderung des Bauabschnittes 03 in
Form eines Investitionsdarlehens durch
das Land OÖ. - Gemeindereferat

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV Steyr und Umgebung vom 11. 12. 1985 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oberösterreich, Gemeinderat, gewährtes Investitionsdarlehen in Höhe von S 3,870.000,-- für den Bauabschnitt 03 der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Wortmeldungen? Es gibt keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Dagegen ist niemand. Somit einstimmig beschlossen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Schlammmentwässerung haben sich bedauerlicherweise beim Bau der Schmalwand sehr große Schwierigkeiten ergeben, die voraussichtliche Mehrkosten in Höhe von mehr als S 5,9 Mio. verursachen werden. Der Antrag lautet:

7) Bau 6 - 1782/76

Zentrale Kläranlage, Schlammmentwässerung;
Erweiterung des Hauptauftrages betreffend
die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungs-
arbeiten infolge Schwierigkeiten bei der Her-
stellung der Schmalwand

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 4. 6. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung der Schlammmentwässerungsanlage der Zentralen Kläranlage vorbehaltlich der Zustimmung der OÖ. Landesregierung und des Wasserwirtschaftsfonds an die Firma Mayr Bauges.m.b.H., Steyr, zum Preis von S 19,681.958,-- netto übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 19. 12. 1985 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 5,925.000,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 5,925.000,-- (fünfmillionenneunhundertfünfundzwanzigtausend) werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Wortmeldungen? Liegt eine gegenteilige Meinung vor? Auch nicht. Somit einstimmig beschlossen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Schlammmentwässerungsanlage der Zentralen Kläranlage, und zwar um die Stromversorgung. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

8) Bau 6 - 1782/76

Zentrale Kläranlage - Schlammment-
wässerungsanlage; Stromversorgung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 14. 1. 1986 wird der Auftrag zur Herstellung der Stromversorgung für die Schlammmentwässerungsanlage der Zentralen Kläranlage an die OÖ. Kraftwerke AG zum Preis von S 953.720,-- exkl. USt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 954.000,-- (neunhundertvierundfünfzigtausend)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Fragen? Ich kann auch keine gegenteilige Meinung feststellen. Somit einstimmig beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Schon in Kürze soll mit dem Bau des Hauptsammelkanals A/3. Teil im Wehrgraben begonnen werden. Hier liegt Ihnen nun dieser wichtige Antrag vor, der folgenden Wortlaut hat:

9) Bau 6-1460/82

Hauptsammler A/3. Teil; Baulos Wehrgraben; Antrag auf Zustimmung zur Vergabe der Erd- und Baumeisterarbeiten und Vorfinanzierung für den RHV

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 21. 1. 1986 wird der Auftrag zur Durchführung der Erd- und Baumeisterarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des Hauptsammlers A/3. Teil, Baulos Wehrgraben, an die ARGE Negrelli und Beer & Janischofsky zum Preis von S 26,662.998,50 übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 26,663.000,-- (Sechszwanzigmillionensechshundertdrei- undsechzigtausend)

exkl. USt. werden bei VSt. 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Dagegen ist niemand. Auch keine Stimmenthaltungen. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor. Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich habe Ihnen 5 Anträge vorzutragen. Der erste betrifft die Gesamtabrechnung über den Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße, also unseren Tunnel mit allen dazugehörigen Bauwerken. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

10) Bau 3 - 266/80

Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Schlußrechnung für Straßenbau; Ergänzung zum GR.-Beschluß vom 14. 4. 1983

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 14. April 1983 wurde der Ausbau des Straßenabstieges von der Tomitzstraße in die Schwimmschulstraße beschlossen und der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten der Firma Negrelli, Steyr, zum Preis von S 54 Mio. inkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 5. 12. 1985 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von insgesamt S 3,735.382,66 zugestimmt.

Gleichzeitig wird zur Begleichung des offenen Restes der vorliegenden Schlußrechnung der Fa. Negrelli in Höhe von S 2,100.460,49 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2,100.000,-- (zweimillioneneinhunderttausend)

bei VSt 5/612000/002040 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um ein Zeichen mit der Hand bitten, wenn Sie dafür sind. Danke. Dagegen ist niemand. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

11) Bau 3 - 3660/83

Landes- und Bezirksstraßen im
Stadtgebiet; Erhaltungsüberein-
kommen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 15. 11. 1985 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Übereinkommens zwischen dem Land Oberösterreich, Landesstraßenverwaltung, und der Stadt Steyr hinsichtlich Übertragung bzw. Übernahme der Erhaltung von Landes- und Bezirksstraßenabschnitten im Stadtgebiet und Vergütung der sich ergebenden Erhaltungskosten zugestimmt. (Beilage B)

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Dagegen ist niemand, so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ein weiterer Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

12) Bau 4 - 7380/84

Bau 6 - 1460/82

Neubau der Direktionsbrücke;
Errichtung eines Teilstückes
des HS A/3. Teil Wehrgraben

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 2. 1. 1986 werden im Zusammenhang mit dem Neubau der Direktionsbrücke und der Errichtung eines Teilstückes des HS A/3. Teil Wehrgraben an die ARGE Negrelli - Beer & Janischofsky nachstehende Aufträge vergeben:

1. Brücken- und Straßenarbeiten
zum Preis von S 3.979.327,89 inkl. USt.
2. Kanalbauarbeiten für den RHV
zum Preis von S 546.834,63 exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Ausmaß von

S 3.979.300,-- (dreimillionenneunhundertneunundsiebzigtausenddreihundert)

bei VSt 5/612000/002270 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben. Darüber hinaus wird zum genannten Zweck ein Betrag von

S 546.800,-- (fünfhundertsechszwanzigtausendachthundert)

bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Es handelt sich hier um den Neubau der Direktionsbrücke, die ja ein wichtiges Teilstück zur Sanierung des Wehrgrabens darstellt.

Ich ersucht um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Zum Neubau der Direktionsbrücke im Wehrgraben darf ich anschließen, Kollege Sablik, daß es so ist, daß diese Brücken und der dazugehörige Ausbau der Hack-Werke die Bewohner des Wehrgrabens zum Teil vor ganz große Probleme stellen. Außerdem wird dort der Kanal gegraben und es wird wahrscheinlich auch die Wehrgrabengasse gesperrt werden. Aus diesem Grund hat sich die GAL mit einigen Bewohnern zusammengeschlossen und einen kleinen Forderungskatalog zu diesem Projekt angelegt. Der Ausbau des Hack-Areals durch die Stadt und dem Verein Museum Arbeitswelt wird größere Veränderungen in einem Teil des inneren Wehrgrabens bringen. Wir möchten, daß die Umbauten den Bereich zu einem integrierten Bestandteil des Viertels machen, nicht nur in seiner Bauausführung, sondern auch die Kommunikation und das Zusammenleben mit den Anrainern durch die Ausführung der Bauten ermöglicht, gelenkt und gefördert wird. Das Museum soll ebenfalls ein akzeptierter Teil im zukünftigen täglichen Leben des inneren Wehrgrabens werden. Wir hoffen, daß die Gemeinde schnellstens schnellstens ein Treffen, ein sogenanntes Stadtteilgespräch, mit den Bewohnern des Wehrgrabens und der mit der Planung des Hack-Areals und den Konzipierern des Museums der Arbeitswelt möglich macht. Wir haben großes Interesse, von den Vorstellungen und Zielen der Architekten und ihrer Auftraggeber unterrichtet zu werden, und zwar schon bevor die Pläne gezeichnet und die Ergebnisse festgelegt sind. Wir sind interessiert, was von Seiten der Obrigkeit in unserer unmittelbaren Lebensumgebung geplant und gestaltet wird. Wir müssen mit den Ergebnissen der Planung auf Jahrzehnte hinaus leben und würden etwaige von uns empfundene Mängel sicher nicht ohne Widerstand ausführen lassen. Um Umplanungen und spätere Veränderungsaktionen zu ersparen, sind wir bereit, von Anfang an Zeit und Interesse zu investieren und in dem von unseren Fähigkeiten her möglichen Rahmen einen Beitrag zu leisten. Ein kleiner, aber wichtiger Teil, ist die Wiedererrichtung der verfallenen vierten Zeugstätte beim Hack-Steg. Die Zeugstätten mit ihren Holzkonstruktionen sind ein wichtiges Element der Belebung des Erscheinungsbildes des Gerinnes im kleinen. Ihr ersatzloser Abriß würde das Stadtbild in diesem Bereich sehr verarmen und sehr reduzieren. Aus der Vielfalt und dem Formenreichtum von Stein, Ziegel, Holz, Wasser, Stahl und Grün bezieht der innere Wehrgraben sein Erschei-

nungsbild, das leicht verletzbar ist. Das Gaswerksgelände ist sehr gut geeignet, den derzeit fehlenden Spielplatz für Kinder zu installieren. Wir möchten daher, daß eine Verbauung des Lagerplatzes des Gaswerkes zumindest in der nächsten Zeit nicht durchgeführt wird. Es wird im inneren Wehrgraben derzeit viel Wohnraum geschaffen und hergerichtet. Die Bewohnerzahl wird in den nächsten Jahren sprunghaft ansteigen. Ein freier Platz für die Kinder und Erwachsenen für einen Wochenendmarkt, einen Flohmarkt für Veranstaltungen und unser jährliches Wehrgrabenfest ist daher dringend notwendig. Der frei Zugang und das Erhalten von allen Verbotsschildern ist daher wichtiger als ein gepflegter Rasen oder eine umfangreiche Spieleinrichtung. Die Gestaltung des Platzes würden wir mit Hilfe der Gemeinde und Sponsoren gerne übernehmen, was sich sicher für die Gemeinde kostensparend auswirken wird für die Gemeinde. Aus diesen Gründen fordern wir, daß man ein Stadtteilgespräch im Wehrgraben führt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Ramoser für die Mitteilung. Wir haben diese Aufforderung nicht benötigt. Es ist bereits ein Stadtteilgespräch im Wehrgraben geplant, weil wir die gesamte Bevölkerung, nicht einzelne Gruppen im Wehrgraben, entsprechend informieren wollen. Es ist selbstverständlich, daß das Museum auch ein integrierter Bestandteil dieses gesamten Areals wird. Es ist gar nicht anders möglich. Ich darf nur darauf hinweisen, daß kürzlich eine Presseführung im Wehrgraben stattgefunden hat. Es gab eine Informationssitzung im Gemeinderat, die sich ja nahezu ausschließlich mit dem Wehrgraben beschäftigt hat, daß rund ein Betrag von S 50 Mio. bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Museums dort investiert wird. Es wird sich sicher einiges tun und wir werden selbstverständlich die Bevölkerung im Wehrgraben entsprechend in einem Stadtteilgespräch informieren. Kollege Radmoser hat sich diese Mitteilungen bereits notiert, denn es ist vorige Woche festgelegt worden.

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Punkt? Das ist nicht der Fall. Bitte Kollege Sablik.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Dazu ist ja viel dazu schon vom Bürgermeister gesagt worden, aber Kollege Ramoser, mir ist ja klar, daß Du für Deine Anhänger sprichst und nicht zu uns, denn Du warst ja bei dieser Informationssitzung da. Du hast stundenlang von den planenden Leuten genau die Details gehört und wie der Herr Bürgermeister es ja zart angedeutet hat, bestehen im Wehrgraben auch andere Bevölkerungsteile, die nicht nur der GAL angehören. Es ist nicht so, daß dort ein Reservoir für die GAL im Wehrgraben errichtet wird oder besteht, sondern auch hier ist ganz genau wie in den anderen Stadtteilen eine weite Verstreuung der politischen Meinungen. Diese politischen Parteien haben hier diese Vertreter entsandt. Wir machen auch in unseren Kreisen darüber Gedanken. Ein Ausfluß dieser Gedanken ist das soeben beschlossene Bauwerk von S 26 Mio. für den Reinhaltungsverband, das um S 10 Mio. teurer ist als geplant, weil auf die Einbringungen und Anregungen der Anrainer bereits weitgehend Rücksicht genommen wurde, da der Kanal jetzt unter dem Josef-Lazarett angelegt wurde, um ja keine Eingriffe bei Bäumen und dergleichen zu machen. Ich habe gehört, daß Arch. Falkner sogar interessiert ist, die beiden Birnenbäume unter dem ehemaligen Gasthaus Zöchling stehen zu lassen. Was willst Du noch? Du weißt genau, daß Brücken gebaut werden, daß die restlichen Rohrgeländer wegkommen. Du bist aufgerufen worden, einen Beitrag zu leisten zu den Beleuchtungskörpern. Du hast jetzt Arbeit genug, jetzt hier tätig zu werden. Vom Abriß der Zeugstätte ist überhaupt noch nicht gesprochen worden. Denn das sind Dinge, die eben diese Planer,

für die die Gemeinde Millionen Schillinge ausgibt, uns vorzulegen haben und dann gibt es erst einen Beschluß darüber. Wichtig ist, daß die Direktionsbrücke jetzt einmal gemacht wird, denn die anderen Brücken können dann nachträglich noch errichtet werden. Du hast die Verbauung von den geplanten Wohnhäusern gesehen, zuerst kommt jetzt einmal die Planung, damit Leute in den Wehrgraben überhaupt hinunterziehen, wobei natürlich das von der geforderte soziale Wohnfeld in etwa beibehalten werden soll. Aber ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für dieses Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag ist. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

13) Bau 6 - 6488/76

Kanalisation der Stadt Steyr BA 04;
Errichtung des Nebenkanales Zirer-
straße in Steyr - Münchenholz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 19. 12. 1985 wird der Auftrag zur Errichtung des Nebenkanales Zirerstraße in Steyr-Münchenholz im Rahmen der Realisierung des BA 04 der Kanalisation der Stadt Steyr an die Firma Wenk, Losenstein, zum Preis von S 432.636,-- exkl. USt. übertragen.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 433.000,-- (vierhundertdreißigtausend)

werden bei VSt 5/811000/050210 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Abstimmung darüber.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind. Danke. Dagegen ist niemand. Auch keine Gegenstimmen. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der letzte Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

14) ÖAG - 7942/85

Anschaffung von
Kommunaltraktoren

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des städt. Wirtschaftshofes vom 23.12.1985 wird der Auftrag zur Lieferung von 2 Kommunaltraktoren (ein Traktor Type 8090 a und ein Traktor Type 8055 as) für den Winterdienst an die Steyr-Daimler-Puch AG, 4300 St. Valentin, zum Preis von S 927.942,-- inkl. MWSt. übertragen.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 930.000,-- (neunhundertdreißigtausend)

werden bei VSt 1/820000/040000 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Darf ich abstimmen. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Dagegen ist niemand. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Ich möchte dazu ganz kurz sagen, daß derzeit die Probleme der Schneeräumung ja nicht vordergründig sind, sondern daß derzeit mit Einsatz aller vorhandener Mittel an menschlicher Arbeitskraft und maschineller an der Beseitigung des Splittes und der Staubentwicklung gearbeitet wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diese Erklärung noch. Kollege Schloßgangl ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrter Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In meinem ersten Antrag geht es um eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr betreffend die sogenannten "Krenngründe". Im derzeit gültigen Flächenwidmungsplan ist das gegenständliche Grundstück als Grünland ausgewiesen, der Änderungsplan sieht eine Umwidmung in gemischtes Bauland vor. Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat lautet:

15) Bau 2 - 4557/85

Änderung des Flächenwidmungsplanes
der Stadt Steyr ("Krenngründe")

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr entsprechend dem Teilplan Nr. 25 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abteilung XI vom 16. Jänner 1986 entsprechend den Planunterlagen des Stadtbauamtes vom 27. Jänner 1984 gemäß § 23 Abs. 3 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBI. Nr. 18/1972, i. d. g. F., in Verbindung mit § 21 Abs. 4 und 5 des zitierten Gesetzes beschlossen.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Darf ich fragen, ob jemand gegen den Antrag ist? Das ist nicht der Fall. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um das Baubewilligungsverfahren der "Wohnungsfreunde" Linz zur Errichtung einer Wohnhausanlage in der Neuschönau nach Bescheiden vom 14. Dezember 1978, 2. Februar 1981 und 13. Februar 1984 sowie um den Devolutionsantrag von Frau Roswitha Krauskopf. Der Antrag lautet:

16) Bau 5 - 5844/78

Baubewilligungsverfahren "Wohnungsfreunde"
Gemeinn. Bau- und Siedlungs-Ges.m.b.H., Linz,
zur Errichtung einer Wohnhausanlage "Neuschönau"
nach den Bescheiden vom 14. Dezember 1978,
2. Februar 1981 und 13. Februar 1984; Devolutions-
antrag von Frau Roswitha Krauskopf

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Devolutionsantrag von Frau Roswitha Krauskopf, Steyr, Neuschönauer-Hauptstraße 3, vom 9. Dezember 1985, eingelangt beim Magistrat der Stadt Steyr am 12. Dezember 1985, an den Gemeinderat der Stadt Steyr wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI, Baurechtsamt, vom 14. Jänner 1986, in Anwendung der Bestimmungen des § 73 Abs. 2 AVG 1950 i.d.g.F. in Verbindung mit § 61 Abs. 1 Statut für die Stadt Steyr 1980, LGBI. Nr. 11, wegen Einbringung bei der unzuständigen Oberbehörde, zurückgewiesen. Gleichzeitig ist eine Klaglosstellung der Nachbarn durch Zurückziehung der Baubewilligungen vom 14. Dezember 1978, 2. Feber 1981 und 13. Feber 1984 erfolgt.

Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es ist schon gesprochen worden von Baubewilligungen, Baubewilligungsverfahren, Wohnungsfreunde, Gemeinn. Bau- u. Siedlungsges.m.b.H. Linz. Es wird in der Neuschönau - wahrscheinlich gegen den Willen der GAL - dieses Wohnhaus errichtet. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, daß 300 Unterschriften gegen den Bau geleistet wurden. Man kann nicht darüber hinweggehen und sagen, die 300 Unterschriften sind einfach Leute, die dagegen sind. Die GAL-Steyr möchte nochmals anregen, ein Stadtteilgespräch in der Neuschönau mit diesen 300 Unterzeichnern zu führen. Zum Devolutionsantrag möchte ich nur sagen, das vermeintliche Recht der Familie Krauskopf, hier Parteienstellung zu haben, wurde irrtümlich an den Gemeinderat verwiesen. Für mich ist das eine Bürokratie. Man soll sich aber nicht in dieser Bürokratie verstecken, man soll mit diesen Leuten diskutieren und reden und ich glaube, man kommt auch ohne den Weg über Bürokratie zu Ergebnissen bzw. zu Zusammen-schlüssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz zu diesem Baubewilligungsverfahren der Wohnungsfreunde einiges sagen. Ich habe ja sehr ausführlich in den zuständigen Gremien wie Finanz- und Rechtsausschuß und vor allem bevor die GAL-Steyr hier in dem Gemeinderat vertreten war, auch massiv in den Ausschüssen hingewiesen darauf, daß das Bauvorhaben - die Firma Zwettler - seit vielen Jahren in Händen hatte, das hier auch sehr stark bekämpft wurde auch von mir, unabhängig von jenen 300, die sich auch gegen dieses ursprüngliche Projekt ausgesprochen haben. Aber seit dieser Zeit - es sollte ja kurz vor den Wahlen die Baubewilligung gegeben werden - wurde es wiederum verwiesen und es kam zu einer Baurechtsverhandlung. Es wurde mit den Anrainern verhandelt, aufgrund des neuen Projektes, das ja wesentlich anders aussieht, als das ursprüngliche. Ich glaube, daß durch diese Bewegung dieser 300 Unterschriften - und auch einige Mandatäre, nicht nur ich, haben schon im Herbst darauf hingewiesen - es zur Umplanung gekommen ist und soweit uns im Bauausschuß mitgeteilt wurde - Herr Kollege Ramoser hat ja das alles gehört, daß dort keine wesentlichen Einsprüche erhoben werden, damit die Baubewilligung wahrscheinlich gegeben wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zur Aufklärung möchte ich sagen, diese ursprünglichen Unterschriften wurden gegen die seinerzeitige Version gegen die erste Version des Vorhabens gerichtet und sind also nicht gegen die derzeit vorliegende Planungsabsicht eingebracht worden. Da ist ja doch ein wesentlicher Unterschied, weil sich das Bauwerk wesentlich verändert hat gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben.

Wünscht noch jemand das Wort?

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Bürgermeister, dann könnte man ja ein Stadtteilgespräch durchführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das Verfahren läuft jetzt und es ist ansich abgeschlossen. Es hat nicht sehr viel Sinn, darüber noch breit zu verhandeln. Die notwendigen Entscheidungsträger werden nach Ausschöpfung des Rechtsweges ihre Entscheidung dazu treffen. Bitte Kollege Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich brauche nicht mehr sehr viel dazu sagen. Tatsache ist, daß der Devolutionsantrag der Frau Roswitha Krauskopf sich ja nicht gegen das letzte eingebrachte Bauvorhaben richtet, sondern gegen die früher eingebrachten Pläne. Und die letzten Pläne - Herr Kollege Treml - unterscheiden sich doch sehr wesentlich von den früheren Plänen und die Ansicht dieses Bauwerkes doch ein wesentlich günstigere ist.

Erlauben Sie, daß ich aber doch prinzipiell noch ein paar Worte dazu sage zur Neuschönau. Es wird immer wieder behauptet, es ist ein reines Wohngebiet, ein Villenviertel und die Stadt macht da einen ganz brutalen Eingriff. Ich glaube, es ist hier im Gemeinderat schon einmal darüber gesprochen worden - ich glaube, sogar von Bürgermeister Schwarz selbst, denn er hat ja dort viele Jahre gewohnt. Die alten Steyrer werden mir das bestätigen müssen, daß die Neuschönau, solange ich mich zurückerinnern kann, niemals ein reines Wohngebiet, ein Villenviertel war. In der Neuschönau hat es früher eine ganze Menge industrielle Betriebe gegeben, Gewerbe- und Industriebetriebe - ich erinnere mich z. B. an die Schuhfabrik Födermayr, die Firma Agre, also eine ganze Reihe von kleinen Betrieben waren in der Neuschönau, auch Geschäfte, Handelsbetriebe waren in der Neuschönau - und es hat sich eben zugetragen in den letzten 40 Jahren, daß die Wohnbevölkerung sowie überall im innerstädtischen Bereich von Jahr zu Jahr stark zurückgegangen ist. Die Wohnbevölkerung hat seit den Jahren 1935 bis 1980 um ca. 60 % abgenommen. Das ist ja auch der Grund dafür, daß die kleinen Geschäfte, die in der Neuschönau waren, zugesperrt haben, denn da kann man nicht mehr leben, denn es gibt zu wenig Leute in der Neuschönau, die dort dann einkaufen gehen. Dann ist natürlich die berechtigte Klage von den Bewohnern gekommen: "Mit der Nahversorgung klappt es bei uns überhaupt nicht. Die jüngeren Leute können sich mit ihren Autos etwas holen und die älteren Leute, die meistens über keine eigenes Fahrzeug verfügen, die tun sich fürchterlich schwer, was die Nahversorgung anlangt."

Wenn uns als verantwortliche Gemeindepolitiker es nicht ein reines Lippenbekenntnis ist, wenn wir sagen, wir wollen den innerstädtischen Bereich wieder beleben und ich zähle zum innerstädtischen Bereich auch den angrenzenden Bereich Neuschönau dazu, dann müßten wir danach trachten, daß dort wieder Menschen wohnen, mehr Menschen,

denn die Gemeinde hat vor einigen Jahren bereits die Sache ja in Angriff genommen. Es wurden ja am rechten Brückenkopf der Enns am Bergerweg etliche Wohnbauten bereits errichtet. Es ist auch in den letzten paar Jahren wieder eine leichte Zunahme an der Bevölkerungszahl festzustellen. Ich bin überzeugt, daß dieses Wohnbauvorhaben, das eingebracht wurde, auch wieder ein Beitrag dazu ist, wieder diesen Stadtteil mehr zu beleben. Wenn dieser Stadtteil wieder belebter sein wird, bin ich auch überzeugt, daß sich wieder Geschäftsleute finden werden, die sich dort ansiedeln und es dann wieder mit der Nahversorgung klappen wird. Man soll das unbedingt von dieser Richtung auch sehen. Wir beschwerten uns immer - gar nicht zu unrecht -, daß der motorisierte Verkehr im innerstädtischen Bereich so groß ist. Es hängt aber natürlich sehr viel damit zusammen, daß in den letzten 30 bis 40 Jahren - damals war der innerstädtische Bereich ja stark besiedelt - die Leute in den Randbereich rausgezogen sind, wohnen zum Teil weit weg von der inneren Stadt und sind dadurch gezwungen, mit ihren Fahrzeugen in die Stadt zu fahren. Wenn es uns möglich gemacht wird, daß hier im innerstädtischen Bereich wieder mehr Leute sind, dann wird auch der Fahrzeugverkehr im innerstädtischen Bereich nicht mehr so stark sein. Das soll man auch von dieser Seite betrachten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Wippersberger. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort bitte Herr Kollege Sablik.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte noch kurz zu den Ausführungen von Kollegen Ramoser feststellen, daß diese etwa 270 Unterschriften ja gegen das erste Projekt gerichtet waren, bei der zweiten oder neuerlichen Verhandlung, wo das geänderte Projekt vorgestellt wurde, waren, so glaube ich, nur mehr zwei oder drei Anrainer vertreten, und es hat auch keine anderen Einsprüche gegeben. Der Bauausschuß hat sich sehr reichlich mit dem Problem befaßt. Wir haben lange darüber diskutiert und wir sind zu der Ansicht gekommen, daß aufgrund dieses jetzt vorgelegten Projektes wirklich eine sehr gute und akzeptable Lösung erzielt wurde und in Betracht dessen, daß eine gültige Baubewilligung für dieses erste Projekt, das meiner Meinung nach nicht hineingepaßt hätte, vorhanden war und alle diese Baubewilligungen von dem Bauwerber zurückgezogen wurden oder werden, hat er damals angekündigt, wenn dieses neue Projekt genehmigt wird aufgrund dieser geschilderten Tatsachen, ist der Bauausschuß zu der Überzeugung gekommen, dieses Projekt zu befürworten. Ich bitte jetzt, Herr Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Dieser Antrag ist mit einer Gegenstimme beschlossen. (1 Gegenstimme: GAL)

STADTRAT ING. SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Tabor - Taschfried - Resthof.

17) Bau 6 - 6615/84

Kanalisation Tabor-Taschfried-Resthof

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 16. 12. 1985 wird der Planungsauftrag für die Kanalisation Tabor-Taschlried-Resthof an das Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Brunner, Steyr, zum Preis von S 637.000,-- exkl. MWSt. übertragen.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1986 vorbehalten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Ebenfalls nicht. Somit ist er einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft wieder eine Kanalisation, und zwar in Reichenschwall und in Pyrach.

18) Bau 6 - 6866/85

Kanalisation Reichenschwall - Pyrach

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 16. 12. 1985 wird der Planungsauftrag für die Kanalisation Reichenschwall - Pyrach an das Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Spirk, Steyr-Salzburg, zum Preis von S 600.593,-- exkl. MWSt. übertragen.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes für das Rechnungsjahr 1986 vorbehalten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Somit einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im letzten Antrag geht es um einen Zuschuß zur Unfruchtbarmachung weiblicher Hunde.

19) Ha - 8034/85

Zuschuß zur Unfruchtbarmachung von weiblichen Hunden

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 20. 1. 1986 werden die mit Gemeinderatsbeschluß vom 1. 3. 1979 erlassenen Richtlinien zwecks Zuschüssen zur Unfruchtbarmachung weiblicher Hunde wie folgt geändert:

Punkt C. dieser Richtlinien ("Ausmaß des Zuschusses") hat wie folgt zu lauten:

Der Zuschuß beträgt in jedem Einzelfall S 500,-- im nachhinein. Für Personen, deren Pension die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes

nicht erreicht und für den OÖ. Landestierschutzverein - Tierheim Steyr beträgt der Zuschuß S 1.000,-- in nachhinein. Auf den Zuschuß besteht kein Rechtsanspruch.

Diese Neuregelung tritt mit 1. 5. 1986 in Kraft.

Auch hier bitte ich darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Gegen den Antrag ist auch niemand. Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich danke für die Berichte. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe Ihnen heute 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Der erste Antrag behandelt die Verlustersätze 1985 für die Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn der Stadtwerke Steyr. Der Antrag an den Gemeinderat lautet:

20) OAG - 7477/85

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr; Teilbetriebe

städt. Bäder und Kunsteisbahn;

Verlustersätze 1985

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 20. 11. 1985 wird als à conto Zahlung für die von der Stadt zu leistenden Verlustersätze für den Bad- und Kunsteisbahnbetrieb für das Jahr 1985 ein Betrag von

S 5,000.000,-- (fünfmillionen)

bei VSt 1/879000/759200 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Dagegen ist niemand. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein zweiter und letzter Antrag bezieht sich auf die Neufestsetzung der Wasserzählerleihgebühren. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

21) Gem XIII - 401/86

Neufestsetzung der Wasser-
zählerleihgebühren

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 14. 1. 1986 werden die Wasserzählerleihgebühren mit Wirkung vom 1. 6. 1986 wie folgt neu festgesetzt:

Für 13 mm- bis 20 mm-Zähler, monatl.	S	13,--
" 25 mm-Zähler, "	 S	15,--
" 40 mm-Zähler, "	 S	27,--
" 50 mm-Zähler, "	 S	94,--
" 80 mm-Zähler, "	 S	102,--
" 100 mm-Zähler, "	 S	120,--
" 150 mm-Zähler, "	 S	278,--

Diese Preise erhöhen sich jeweils um die gesetzliche Umsatzsteuer.
Ich bitte Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Zu Wort hat sich Kollege Treml gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Aufgrund der beantragten Erhöhung der Wasserzählerleihgebühren werden 5.428 Wasserzählermieter ab 1. 6. d. J. jährlich S 520.000,-- netto somit zu tragen haben. Der Großteil der Wasserzählermieter soll ab diesem Zeitpunkt bis zu 138 % plus der MWSt, also 10 %, für die Leihgebühr mehr bezahlen. Dies, meine Damen und Herren, schlägt sich besonders wiederum in Form von Zinserhöhungen zu Buche, weil es ja zur Erhöhung der Betriebskosten kommt. Für 33 steigt die Leihgebühr sogar auf 180 %. Diese Erhöhung wird begründet damit, daß nun fast 20 Jahre die Wasserzählerleihgebühr nicht erhöht wurde. Meine Damen und Herren, muß das ausgerechnet sein, daß man nach 3 Monaten nach den Gemeinderatswahlen darauffkommt, daß man schon längst einmal hätte nachziehen müssen. Wenn schon, dann glaube ich, hätte man es auch den Steyrer-Wählern vorher schon sagen können, daß man solche Tarifierhöhungen plant, die ja nicht zur Armut der Steyrer Bevölkerung führen, das ist mir ganz klar. Aber meine Damen und Herren, in diesen 20 Jahren stieg ungefähr pro Jahr die Inflationsrate um 4 %. Dies entspricht daher in diesem Zeitraum 80 %, demnach wäre dies auf keinen Fall eine 138-%-Erhöhung oder 180 %, sondern es wäre nur von einer Erhöhung von 80 % zu sprechen und meiner Meinung auch gerechtfertigt. Zusätzlich kommt noch, meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß so manche Politiker, die zu einem höheren Rang jetzt gekommen sind, solche Erhöhungen überhaupt nicht berühren und sich gar nicht dafür interessieren, wie es weitergehen soll mit Ausgleichzulagenbeziehen, wo es heute um jeden Schilling geht. Auch Kollege Zagler, der ja im Steuerwesen Spezialist ist, müßte auch wissen, daß ja kürzlich erst die Erfolgsbilanz der städt. Wasserwerke hiermit beschlossen hat, wo es enorme Rücklagen und Gewinne gibt, die ausgewiesen wurden und daher meiner Meinung nach diese Erhöhung nicht notwendig und daher auch nicht gerechtfertigt ist und von mir nicht die Zustimmung erhält.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Liebe Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe mir erlaubt, eine kleine Zahlenspielerlei vorzunehmen, und zwar hat die ELIN einen Kostenvoranschlag vorgelegt für die 13- 20-mm-Zähler von S 12,58 pro Monat. In den neuen Wasserzählergebühren liegt ein Betrag von S 13,--. Meines Erachtens gehen hier S 0,42 ab. Herr Kollege Zagler ist ja einer der besten Rechner und ich habe mir auch die Mühe gemacht zu rechnen und ich bin daraufgekommen und ich bitte Sie, jetzt mitzurechnen. Die Differenz von S 0,42 pro Monat ergibt in 10 Jahren S 50,40. Es gibt in Steyr 4.341 Wasserzähler und diese mal 341 ergibt S 218.786,40 plus MWSt. Die Stadtwerke Steyr hätten somit einen zusätzlichen Gewinn von genau S 218.786,40. Das gleiche kann man auch mit einer etwas größeren Zahl spielen, nämlich man nimmt den Zähler 150 mm. Von der ELIN ist angegeben S 278,26 . In den neuen Wasserzählerleihgebühren steht hier S 278,--,also wurde hier abgerundet. Es ist klar, wenn die Wasserwerke das selbst bezahlen müssen, dann werden sie nicht aufrunden, dann werden sie natürlich abrunden. Und somit

hat natürlich der Herr Kollege von jedem Bewohner der Stadt Steyr S 218.786,--. Bei seinen eigenen hat er natürlich das ganze abgezogen. Es ergibt sich somit für mich eine sehr klare Rechnung. Wenn es um die Bürger geht, dann wird aufgerundet und schöne Beträge kassiert, wenn es um den eigenen Betrieb geht, wird abgerundet und dann bleibt eben nichts mehr über. Die S 0,25 werden dann wegradiert.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HELMUT ZAGLER:

Hast Du eine Ahnung, was in der sozialen Wirtschaft mit diesem Geld geschieht.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube, daß man bei solchen Kalkulationen dazusagen muß oder dazuschreiben muß, wenn S 218.786,-- übrig bleiben. Das muß man schon sagen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HELMUT ZAGLER:

Es wird für die Bevölkerung wieder verwendet.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube, daß man solche Beträge auf jeden Fall aufzeigen muß und nicht unter den Tisch kehren kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Der Referent hält nun das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege verweigert die Zustimmung zu diesem Antrag mit der Begründung, daß die Gebührenerhöhung zu hoch ist. Darf ich Dir eines sagen. Du hast selbst gesagt, daß seit 20 Jahren die Gebühren nicht erhöht worden sind und Du hast das in Zusammenhang gebracht mit den vergangenen Landtags- und Gemeinderatswahlen. Bitte, wenn es so ist, daß man überhaupt nie die Gebühren erhöhen darf, wenn es notwendig erscheint, dann dürften wir auch nie Wahlen haben. Ich darf Dir sagen und das auch zur Kenntnisnahme für die Mitglieder des Gemeinderates, daß ein Haus der GWG mit ca. 20 Wohnungen mit einem Wasserzähler der Nennweite 40 mm im Monat mit S 12,80 belastet wird, d. h., jeder Wohnungsinhaber zahlt pro Monat S 0,64. Da sind wir beinahe bei den S 0,40, die Kollege Ramoser zuerst angeschnitten hat. Ich möchte aber noch folgendes dazu sagen. Wir haben auch Vergleichsziffern der Städte Wels und Linz und der Wasserzähler ist überall gleich. Dort ist je nach Nennweite des Anschlusses die Wasserzählergebühr zwischen 200 und 300 % höher als in Steyr. Ich glaube, daß diese minimale Erhöhung, die den einzelnen Haushalt wirklich nur mit Groschen betrifft, sicherlich gerechtfertigt ist, noch dazu, daß die Stadtwerke auch danach bestrebt sein müssen und laut Statut sogar verpflichtet sind, kostendeckend zu arbeiten. Mehr wird da gar nicht verlangt.

Zur Wortmeldung von Gemeinderat Ramoser möchte ich keine Stellungnahme abgeben.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister um Abstimmung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist gegen den Antrag oder gibt es Stimmenthaltungen. Mit 2 Stimmenthaltungen ist der Antrag beschlossen

(Enthaltungen: 1 KPÖ, 1 GAL)

Danke für die Berichterstattung. Kollege Zöchling ist der letzte Bericht-
erstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Ihnen 4 Anträge des Stadtsenates vortragen. Der erste Antrag lautet:

22) OAG - 5415/85

Betriebsansiedlung der Fa. Engel KG
in Steyr - Verkauf eines weiteren Indu-
striegrundstückes und Gewerbeförderung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf des städt. Grundstückes 14/2 Kat. Gem. Hinterberg im Ausmaß von 3.144 m² samt 170 m² anteiligem Straßengrund zum Preis von S 170,-- pro m² an die Fa. Ludwig Engel KG, Schwertberg, wird zugestimmt. Das Grundstück ist zur Arrondierung des Betriebsgeländes der Firma zu verwenden. Die Kosten der Errichtung und Durchführung des Vertrages gehen zu Lasten der Käuferin. Weiters wird der Käuferin im Sinne des vorstehenden Amtsberichtes eine Gewerbeförderung dahingehend gewährt, daß die restliche Aufschließung der Baugrundstücke durch Straßen-, Kanalbau und Wasserleitung auf Kosten der Stadtgemeinde Steyr erfolgt, Anliegerbeiträge für Fahrbahn- und Gehsteigherstellung sowie Kanalanschlußgebühren gelangen nicht zur Verrechnung. Schließlich wird der Fa. Engel KG bzw. der Betriebsfirma Engel Automatisierungs-Ges.m.b.H. ein einmaliger Gewerbeförderungsbetrag von S 600.000,-- gewährt, der nach Betriebsaufnahme durch die Firma zur Anweisung zu bringen ist. Zur Bezahlung des Förderungsbetrages wird im Rechnungsjahr 1986 eine Kreditübertragung in Höhe von S 600.000,-- bei VSt. 5/782000/776060 bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Bericht. Zu Wort hat sich Kollege Treml gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zur beantragten Gewerbeförderung für die neu gegründete Firma Engel Automatisierungs-Ges.m.b.H. möchte ich den grundsätzlichen Standpunkt der Kommunistischen Fraktion hier ein bißchen präzisieren. Von der SP-Fraktion wird nun der Verkauf eines städt. Grundstückes im Ausmaß von 3.144 m², wie von Kollegen Zöchling besonders auch unterstrichen, zum äußerst billigen Quadratmeterpreis von S 170,-- an die Fa. Engel beantragt. Außerdem wird eine Gewerbeförderung von S 600.000,-- gewährt und zusätzlich werden sämtliche Aufschließungskosten, dazu fällt der Straßenbau, der Kanalbau sowie auch der Wasserleitungsbau, von der Stadtgemeinde getragen. Dazu kommt noch, daß die Anliegerbeiträge für Fahrbahn und Gehsteigherstellung sowie Kanalanschlußgebühren der Fa. Engel nicht angerechnet werden. Wir haben uns erst ein bißchen unterhalten, wie man kleinlich ist und Kollege Steinmaßl hat ja dies mit Hilfe seiner Beamten sehr deutlich dokumentiert, es ging ja nur um Groscherl, mit denen die Mieter belastet werden. Will man jetzt auf diese Art und Weise, daß man auf Kanalanschlußgebühren bei den großen verzichtet. Die kleinen jetzt zum Zahlen bringen. Das müßt Ihr euch einmal überlegen. Es kommen ja heute noch mehrere Anträge in dieser Richtung. Seitens der Fa. Engel wird ja versprochen und so heißt es auch im Amtsbericht, daß für 50 bis 70 Mitarbeiter Arbeitsplätze geschaffen werden, jedoch ist diesbezüglich im Vertrag keine Verpflichtung vorgesehen und

es steht auch kein Wort drinnen. Die Gemeinde verzichtet sogar bei diesem Verkauf auf das Vor- und Wiederverkaufsrecht. Ich möchte Euch nicht nochmals langweilen und vielleicht ja dort den Vorbesitzer oder diese Gesellschaft, die pleite machte und mit welchem Verlust die Gemeinde hier aus diesem Geschäft ausgestiegen ist, was ja Millionen verursacht hat, in Erinnerung rufen und ich habe damals im Jahre 1981 davor gewarnt, als man ebenfalls so einen Grund verkauft hat und dann finanziell so schlecht ausgestiegen ist. Das heißt, daß die soz. Mehrheitsfraktion dieses Gemeinderates wiederum zeigt, daß sie sich gegenüber Unternehmern äußerst großzügig gibt und sogar auf die gemeinsam beschlossenen Grundlagen unseres Entwicklungskonzeptes vergißt. Daher ist die KP-Fraktion für die Beibehaltung der Gewerbeförderungsaktion durch die Stadt, wobei die Förderung direkt erfolgen soll und nicht, wie diesmal wieder indirekt, um ein Ausufern zu verhindern und die Grenzen für uns alle wiederum sichtbar zu machen, in welcher Höhe eben Firmen, Unternehmungen, hier finanziell von der Gemeinde unterstützt werden. Wir sehen hier also einen direkten Widerspruch zu den am 28. 6. 1984 von allen Fraktionen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes gemeinsam beschlossenen Richtlinien zur Gewerbeförderung und daher gebe ich aus diesem Grund dem Antrag keine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag. Kollege Wippersberger.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Tremml, nachdem ich meistens bei den Verhandlungen, wenn es um Betriebsansiedlungen geht, mit dabei bin, darf ich Dir nur eines sagen, es ist sehr sehr schwer, Firmen anzusiedeln. Die Firmen kommen nicht nach Steyr, nur weil unsere Stadt so schön ist, sondern die Firmen kommen nur dann her, wenn man ihnen ein günstiges Angebot macht, sonst kommen sie nicht her nach Steyr. Ich möchte jetzt keine Propaganda für die Fa. Engel machen, aber ich möchte eines feststellen, die Fa. Engel ist ein über die Grenzen Österreichs bekanntes seriöses Unternehmen und wie im Amtsbericht schon hervorgeht, für den Anfang werden einmal 50 bis 70 Arbeitsplätze neu geschaffen und im Endausbau werden es über 200 Leute sein, die ihren Arbeitsplatz dort finden werden. Diese Betriebsansiedlung ist ein weiterer Teil all unserer Bemühungen, so vielen Menschen als nur möglich unserer Stadt einen Arbeitsplatz anbieten zu können. Ich glaube, da müssen wir uns alle einig sein, Steyr soll das Schicksal nicht mehr erleben. Es wäre nicht nur eine Katastrophe für die Wirtschaftstreibenden in unserer Stadt eine Massenarbeitslosigkeit, es wäre eine Katastrophe für die meisten Menschen. Unsere Stadt hat in den letzten Jahren aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung sicherlich zumindest kurzfristig große Opfer auf sich genommen, große finanzielle Opfer. Aber ich darf sagen, daß diese Entscheidung richtig. Ich erinnere daran, hätten wir diese Opfer nicht gebracht an die BMW, dann hätten wir derzeit um 1.600 Arbeitsplätze bereits weniger in unserer Stadt. Denn zu BMW kommen auch die fast 200 Arbeitsplätze von der Fa. Dräxlmayr, die sich auch nicht hier angesiedelt hätte, wäre BMW nicht hier nach Steyr gekommen. Vielleicht noch eines. Ich habe es schon gesagt, nämlich kurzfristig schwere Opfer, langfristig gesehen ist das für die Stadt finanziell doch nicht so interessant, denn wir bekommen ja von den Betrieben, die angesiedelt werden, die Lohnsummensteuer, die zweitwichtigste Einnahme der Stadt überhaupt, und wir bekommen auch 50 % der Gewerbesteuer. Also auf lange Sicht gesehen, bekommen wir die Opfer bzw. das Geld wieder zurück und wir werden sogar profitieren davon. Ganz abgesehen davon, daß dieser Einsatz zur Erhal-

tung einer größtmöglichen Zahl von Beschäftigten in Steyr ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wir haben heute zum Teil eine kleine Exkursion in die Löwinger-Bühne erlebt und andererseits Milchmädchenrechnungen erfahren, wie man auch kapitalisieren kann, aber Kapital ist offenbar etwas Verwerfliches, also kann man auch nicht richtig kapitalisieren im Sinne von 20×4 . Wir haben noch etwas erlebt, nämlich ein Mißverständnis, weil ich ja nicht Böswilligkeiten unterstellen kann hinsichtlich der Bedeutung von Vor- und Wiederkaufsrechten. Vielleicht verstehe ich es auch falsch, aber ich meine, das Vor- und Wiederkaufsrechte dafür errichtet werden, um erstens Grundspekulation zu vermeiden und zweitens die Nebenrentabilität dabei, eine Betriebsführung zu gewährleisten. Die Grundspekulation vermeidet man durch ein Vor- und Wiederkaufsrecht dadurch, daß der Erwerber des Grundstückes nicht am freien Markt einen anderen Nachfolger im Veräußerungsfall seines Grundstückes finden kann, weil ja der ursprüngliche Entäußerer des Grundstückes das Recht hat, bevorzugt vor einem anderen das zum Kauf angeboten zu erhalten. Das ist die Sicherung gegen die Spekulation. Die Sicherung der Gewährleistung der Betriebsführung durch ein Vor- und Wiederkaufsrecht ist ja eine sehr fragwürdige, weil ja zunächst einmal sich derjenige, der den Betrieb nicht führt, sich dieses Grundstückes entäußern müßte. Erst dann wäre es eine Sicherungsmaßnahme. In beiden Fällen scheint aber die Gefahr nicht gegeben zu sein, nachdem ja der Grundstückswerber das benachbarte Grundstück in der Nachfolge der von Dir ja schon erwähnten Hack-Nachfolge-Ges.m.b.H. schon erworben hat und dort bereits bauliche Veränderungen vornimmt. Die baulichen Veränderungen sollen auf das anschließende Grundstück angrenzen, insofern ist es unbedenklich, auf das Vor- und Wiederkaufsrecht zu verzichten, weil beide Grundlagen, warum ein Vor- und Wiederkaufsrecht errichtet werden könnte, gegenstandslos sind. Ich teile die Ansicht von Dir durchaus nicht und glaube, hier wirklich für die umfassende Mehrheit im Saal sprechen zu können. Ich glaube auch, daß die zweite Milchmädchenrechnung, daß die Gebührenerhöhung oder die Mehreinnahmen aus den Wasserzählern jetzt hier Gewerbeförderung darstellen, ebenso unzulässig wie unrichtig ist. Ich glaube, wir sollten hier nicht im Gemeinderat um jeden Preis Demagogie betreiben, mit einem Auge auf den Pressetisch schielen und mit dem anderen Auge auf die Zuschauerbänke, sondern wir sollten, und da schließe ich mich dem Herrn Kollegen Wippersberger voll an, das Wohl und Weh unserer Mitbürger im Auge haben. Zur Firma Engel haben Stadt und Land gemeinsam sehr viel unternommen, sehr viele Gespräche geführt, daß dieser Betrieb hier nach Steyr herkommt und eine Reihe von hochqualifizierten Arbeitsplätzen schafft. Auch die anderen Anträge, die sicherlich in ähnlicher Form diskutiert werden als der nun vorliegende, müssen mit dem gleichen Gesichtspunkt gesehen werden, daß die Stadt von sich aus große Maßnahmen setzt zur Ansiedlung neuer Betriebe. Neue Betriebe anzusiedeln bedeutet für die Unternehmungen große Anstrengungen, auch für die Gemeinschaft, der die Unternehmungen dann dienlich sind. Es ist unzulässig, das Entwicklungskonzept für die Region Steyr in diesem Zusammenhang zu zitieren, weil das Zitat einen anderen Zielpunkt hatte. Soweit zur sachlichen Richtigstellung. Selbstverständlich stimmt die Fraktion der ÖVP diesem Antrag bei, nicht nur beistimmend im Sinne einer wertfreien Zustimmung, sondern auch in der Begrüßung einer neuen Initiative zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Beibringung neuer Strukturen in unser nicht ganz unproblematischen Region.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Holub. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichnen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist gegen eine Stimme beschlossen. (1 Gegenstimme: KPO)

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Der nächste Antrag ist der Ankauf von inländischem Heizöl für das Jahr 1986.

23) GHJ 1 - 6424/85

Brennstoffankauf 1986 für
die Heizstellen der Stadt-
gemeinde Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 16. 12. 1986 wird der Auftrag zur Lieferung von festen und flüssigen Brennstoffen für die Heizstellen der Stadtgemeinde Steyr wie folgt vergeben:

1. Fa. Löwy, Steyr

142 t Heizöl "mittel"	S	718.236,--	
228 t Heizöl "mittel"	S	1,444.881,60	
2.333 l Ofenheizöl	S	15.071,18	
2.333 kg Importkoks Brech II	S	12.551,54	
1.333 kg Braunkohlenbriketts Union	S	5.305,34	
1.000 kg Steinkohle (Polnische)	S	4.100,--	S 2,200.145,66

2. Fa. Minol (Montan), Steyr

143 t Heizöl "mittel"	S	723.294,--	
228 t Heizöl "leicht"	S	1,444.881,60	
2.333 l Ofenheizöl	S	15.071,18	
2.333 kg Importkoks Brech II	S	12.551,54	
1.333 kg Braunkohlenbriketts Union	S	5.305,34	
1.000 kg Steinkohle (Polnische)	S	4.100,--	S 2,205.203,66

3. Fa. Westkohle, Steyr

143 t Heizöl "mittel"	S	723.294,--	
228 t Heizöl "leicht"	S	1,444.881,60	
2.334 l Ofenheizöl	S	15.077,64	
2.334 kg Importkoks Brech II	S	12.556,92	
1.334 kg Braunkohlenbriketts Union	S	5.309,32	
1.000 kg Steinkohle (Polnische)	S	4.100,--	S 2,205.219,48
			S 6,610.568,80
			=====

Die hierfür erforderlichen Mittel sind aus folgenden VA-Stellen für das Rechnungsjahr 1986 zu entnehmen:

S	828.600,--	aus der VSt	1/029000/451000
S	1,440.400,--	"	1/211000/451000
S	1,315.400,--	"	1/212000/451000
S	338.200,--	"	1/213000/451000
S	80.900,--	"	1/214000/451000
S	272.500,--	"	1/221000/451000
S	584.900,--	"	1/240 000/451000
S	75.000,--	"	1/250 000/451000
S	190.100,--	"	1/2620.00/451000

S	95.100,--	aus der VSt 1/262100/451000
S	316.900,--	" 1/263000/451000
S	133.100,--	" 1/270000/451000
S	16.000,--	" 1/511000/451000
S	20.000,--	" 1/815000/451000
S	720.000,--	" 1/846000/451000

S 6,426.800,--
=====

Darüber hinaus wird für das Rechnungsjahr 1986 eine Kreditüberschreitung bei folgenden VA-Stellen bewilligt:

S	39.100,--	bei VSt 1/250000/451000
S	2.600,--	" 1/511000/451000
S	6.900,--	" 1/815000/451000
S	135.600,--	" 1/846000/451000

S 184.200,--
=====

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Herr Gemeinderat Wieser.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat!
Die Preisreduktionen in den letzten Wochen beim Heizöl sind sehr beträchtlich, sodaß ich das Heizöl für meine Firma um S 350,--/t billiger einkaufe. Ich würde daher vorschlagen, daß man, wie vorgesehen, ab dem Jahr 1987 die Verhandlungen zum jeweiligen Tagespreis durchführt, mit dem Firmen nochmals Verhandlungen aufnimmt und die Preisreduktionen auch dem Magistrat zukommen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Wieser. Kollege Treml noch dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Aus dem Antrag ist ersichtlich, daß für das Jahr 1986 die Stadtgemeinde Brennstoffe benötigt und ebenso auch - wie es nicht im Antrag heißt - die GWG der Stadt Steyr für die Wohnhäuser in der Resselstraße 16, 18, am Tabor, Kohlanger sowie im Wehrgraben der Nummern 9 - 14. Es ist ja allgemein bekannt, daß die benötigte Menge bereits im November 1985 öffentlich im Amtsblatt ausgeschrieben wurde. Daraufhin legten 3 bekannte Firmen, nämlich Löwy, Minol und Westkohle, auf den Schilling genau übereinstimmend Anbote. Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist ja kein Zufall, sondern kann nur nach einer Preisabsprache erfolgen, um sich eine überhöhte Gewinnspanne auf Kosten der Stadt zu sichern, um nicht, wie es oft schon hier von mir gemacht, andere Worte zu gebrauchen. Daraufhin erfolgte am 15. 11. 1985 nachträglich

die Einholung eines Angebotes über die benötigte Liefermenge bei einer auswärtigen Firma, nämlich bei der Fa. Höller-Eisen in Gmunden. Nach dem Anbot der 3 Steyrer Firmen sind dafür insgesamt S 7,616.500,-- zu entrichten, während die Gmundner Firma bereit gewesen wäre, die Ölliefermenge zum Preis von S 7,218.300,-- zu liefern, d. h., die 70 km von Steyr entfernte Gmundner Firma hätte Brennstoff um S 398.200,-- billiger nach Steyr geliefert. Das bedeutet nichts anderes, als daß sich die drei einheimischen Firmen durch die unseriöse Preisabsprache rund S 400.000, -- an zusätzlichem Profit auf Kosten der Gemeinde und der Mieter gesichert hätte. Aufgrund des Angebotes der Firma Höller wurden Verhandlungen mit den 3 Steyrer Firmen geführt, die nun zur Rücknahme der überhöhten Preise auf das Anbot der Gmundner Firma bereit waren. Nach Auffassung der KPO-Fraktion hätte aufgrund der Unkorrektheiten die Fa. Höller-Eisen in Gmunden diesen Auftrag erhalten müssen, um zu verhindern, daß in Zukunft es zu Preisabsprachen zwischen den Steyrer Firmen zum Nachteil, nämlich unserer Stadt Steyr und ihrer Mieter, kommt. Daher werde ich sicherlich nicht diesen vorliegenden Antrag befürworten oder zustimmen, besonders auch dieser Auftragsvergabe, wie sie hier von Kollegen Zöchling genannt wurde, je 1/3 der Lieferung an die Fa. Löwy, Minol und Westkohle zu vergeben. Die KPO-Fraktion ist für eine neuerliche Ausschreibung, gleichzeitig nehme aus den Preisverfall, wie ihn der Kollege Wieser hier geschildert hat, auf dem Energiesektor zum Anlaß, um vom Gemeinderat und den zuständigen Herren eine Einkaufsstrategie im Interesse der Gemeinde und der Abnehmer zu fordern und in Zukunft auch zu führen. Es ist ja auch Ihnen, meine Damen und Herren, bekannt, daß die OMV die Raffinerieabgabepreise bei den Heizölen in Form einer Erhöhung der Rabatte ab 28. Jänner gesenkt hat. Die Preissenkung für Heizöle "leicht", "mittel" und "schwer" entspricht etwa dem, wie es Kollege Wieser angeführt hat, mit S 350,--/t. Das Ofenheizöl "extra leicht" wird ja gebraucht, und diese wurden ebenfalls um S 0,30/l billiger. Nach dem Kaufvertrag würde die Gemeinde und die GWG der Stadt Steyr für Heizöl "extra leicht" pro Liter S 6,46 bezahlen, während der Abnahmepreis an Tankstellen, d. h., für kleine Einzelverbraucher, derzeit bei S 6,20 liegt. Insgesamt, wie aus dem Antrag hervorgeht, benötigen wir für das Jahr 1986 1.227 t Heizöl "mittel" und "leicht" und das wird natürlich angekauft. Nachdem auch die OMV die Preissenkung, etwa S 300,--/t, ab 28. Jänner bekanntgegeben hat, könnte eine Einsparung von weiteren rund S 368.000,-- erzielt werden, wenn meiner Forderung entsprochen wird. Meine Ablehnung resultiert aus der Überzeugung, daß der Gemeinderat mit der Beschlußfassung dieses Vertrages auf jeden Fall schlecht beraten wäre.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Tremml. Zur Aufklärung darf ich sagen, daß aufgrund unserer Vergabeordnung - wir haben ja hier die 10%-Klausel - die Verhandlungen mit den 3 Firmen geführt wurden, die dann bereit waren, auf den Einstandspreis herabzugehen. Deswegen diese Veränderungen. Im übrigen wurde vereinbart, daß künftighin ab dem nächsten Jahr der Brennstoffbedarf nach Tagesabruf erfolgen wird, so hat auch der Vorschlag des Kollegen Wieser auch jetzt gelaute. Allerdings ist nicht immer sicher gestellt, daß die Preisentwicklung bergab geht, sondern es kann auch einmal bergauf gehen. Das muß man in Kauf nehmen, daß die entsprechenden Brennstoffvorräte natürlich rechtzeitig eingelagert werden müssen, denn eine gewisse Zeitspanne muß sicherlich hier künftighin eingeplant werden. Soweit zur Aufklärung. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegenden Antrag? Gegen eine Stimme beschlossen. (1 Gegenstimme: KPO)

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Hier geht es um die Sanierung der Teichanlage im Schloßpark. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

24) GHJ 2 - 195/85

Sanierung der Teichanlage im Schloßpark

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 10. 9. 1985 wurde der Auftrag zur Sanierung des Schloßparkteiches an die Diplomingenieure Hans-Georg Erhardt und Elisabeth Erhardt-Radler, Landschaftsarchitekten, 4040 Linz, Dannerweg 5, zum Preis von S 650.000,-- übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden unter einem freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 30. 12. 1985 wird nunmehr, da diese Mittel im abgelaufenen Rechnungsjahr nicht beansprucht wurden, für das Rechnungsjahr 1986 der genannte Betrag von S 650.000,-- neuerlich freigegeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 650.000,-- (sechshundertfünzigtausend)

auf die VSt 1/815000/006000 für das Rechnungsjahr 1986 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Sanierung des Schloßparkes wurde schon vor Monaten besprochen. Herr Bürgermeister, Sie gaben die Zusicherung, daß die Arbeitslosenselbsthilfegruppe hier einen Teil der Arbeiten übernehmen kann. Sind diese bei den S 650.000,-- enthalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist nur die reine Teichsanierung. Es ist nicht die Schloßparksanierung insgesamt. Hier wird der Einsatz also nicht möglich sein. Wir haben aber gerne zur Kenntnis genommen in Gesprächen mit der Arbeitslosenselbsthilfegruppe, daß sie jahreszeitlich bedingt, an der Sanierung des Schloßparkes bereit sind mitzuarbeiten.

Ist das somit aufgeklärt. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Danke. Gegen diesen Antrag ist niemand. Somit einstimmig beschlossen. Den letzten Antrag bitte.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Wiederum ein Akt zur Linderung der Arbeitslosigkeit, nämlich um den Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der Wolfernstraße.

25) ÜAG - 5477/85

ÜAG - 7058/85

Verkauf von Gewerbegrundstücken an der Wolfernstraße

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Dem Verkauf der neu geschaffenen Grundparzellen 1576/8, EZ 180, KG Föhrenschacherl im Ausmaß von 2.991 m² zum Preis von S 320,--/m² an Herrn Eduard Riegler, Schlossermeister, Steyr, Hubergutstraße 14, weiters des neu geschaffenen Grundstückes 1576/9, EZ. 180, KG Föhrenschacherl, im Ausmaß von 4.000 m² an die Fa. Lehner optoelectronic

Gesellschaft m.b.H., Steyr, Sierninger Straße 48 a, zum gleichen Preis von S 320,-- je Quadratmeter wird zugestimmt.

Der anteilige Straßengrund im Ausmaß von 206 m² ist von Herrn Eduard Riegler und im Ausmaß von 276 m² ist von der Fa. Lehner optoelectronic Ges.m.b.H. zum gleichen Kaufpreis mitzukaufen.

Beide Käufer haben den Kaufpreis in fünf (5) gleichen Jahresraten, beginnend ab Vertragsabschluß, unverzinslich, jedoch gegen Vereinbarung einer Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex, zu entrichten. Die Kaufpreisrestbeträge sind auf den Kaufobjekten pfandrechtlich sicher zu stellen. Die Käufer haben auf den Kaufobjekten innerhalb von drei (3) Jahren gewerbliche Betriebsanlagen zu errichten und in Betrieb zu nehmen, wobei sich die Stadt zur Sicherung dieser Verpflichtung ein Vor- und Wiederkaufsrecht vorbehält. Sämtliche Kosten der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages gehen zu Lasten der jeweiligen Käufer.

- 2) Den Käufern werden im Sinne des umseitigen Amtsberichtes der Magistratsdirektion nachstehende Gewerbeförderungen gewährt:
Die Aufschließung der Baugrundstücke (Straße, Kanal und Wasserleitung) erfolgt auf Kosten der Stadtgemeinde Steyr; von der Einhebung der Anliegerbeiträge für Fahrbahn- und Gehsteigerstellung wird Abstand genommen. Die Kanalanschlußgebühr wird von S 100,--/m² auf S 30,--/m² herabgesetzt. Die Vermessungskosten trägt die Stadtgemeinde Steyr.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu den Grundverkäufen und Förderungsmaßnahmen im Fall der Fa. Lehner und der Fa. Riegler sind dieselben Gründe geltend zu machen wie bei der Fa. Engel. Auch hier haben wir es mit äußerst billigen Grundstücken, Veräußerungen zum Quadratmeterpreis von S 350,-- zu tun, denen indirekte Förderungsmaßnahmen, wie Sie gehört haben, angeschlossen sind. Zusätzlich möchte ich festhalten, daß es sich in einem Fall, nämlich bei der Fa. Lehner, um ein mehrheitlich ausländisches Unternehmen handelt. Die KPÖ-Fraktion steht in diesem Zusammenhang zu den Richtlinien des Entwicklungskonzeptes, das den Abschluß von Miet- oder Pachtverhältnissen auch vorsieht, nämlich ein Miet- oder Pachtverhältnis würde wesentlich höhere Sicherheiten und vertragliche Gestaltungsvorteile bringen, als dies bei einer Grundveräußerung der Fall ist. Daher werde ich aus diesen genannten Gründen auch diesen Antrag ablehnen. Dem Herrn Vizebürgermeister neben mir geht offenbar die Luft aus, wenn ich immer wieder von den Richtlinien und vom Entwicklungskonzept spreche. Ich möchte ihm vielleicht doch etwas vorlesen, weil er sicher das Entwicklungskonzept von 1984 nicht zur Hand hat. Da heißt es z. B. unter den Kapitel "Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsförderung" unter f): Gewerbeförderungsaktion wird in der bisherigen Form beibehalten, siehe BMW, im übrigen ist vorgesehen im Rahmen der Gewerbeförderung von der indirekten, die ich erst einmal angeführt habe, z. B. teilweiser Nachlaß von Anschlußgebühren bzw. Umbuchung usw. zur direkten Förderung überzugehen. Die Forderung der KPÖ sagt ja nichts anderes, als daß das gemeinsam nach vielen Monaten ausgearbeitete Entwicklungskonzept, das von allen hier im Gemeinderat vertretenen Parteien - außer der GAL, denn die war noch nicht im Gemeinderat vertreten - einstimmig beschlossen wurde. Das heißt hier in diesem Kapitel unter Abs. h): Um für neue Betriebe einen größeren Anreiz zu schaffen, die sich in Steyr niederlassen, könnten vorerst Grundflächen

für eine bestimmte Dauer in Miet- bzw. Pachtverhältnis zur Verfügung gestellt werden, wobei jedoch dem neuen Betrieb ein Vorverkaufsrecht eingeräumt wird und die bis zum Kauf geleisteten Mieten auch auf den endgültigen Kaufpreis angerechnet werden könnten. Diese Lösung, sagt der gesamte Gemeinderat von Steyr - das steht nicht da, das sage ich - hätte den Vorteil, daß man bei Neugründung des Unternehmens vorerst für einen Grundankauf keinen größeren Kapitalaufwand hat und für die Gemeinde die Sicherheit besteht, daß bei einem allfälligen Insolvenzverfahren das Bestandsverhältnis aufgelöst werden kann und Grundstückspekulationen ausgeschlossen sind. Das war nur ein kleiner Ausflug dazu, weil das immer wieder in Frage gestellt wird, was wir gemeinsam beschlossen haben und ich richte mich in meinen Ausführungen fast immer nach diesen Grundlagen, die ich mit ausgearbeitet habe und auch mitbeschlossen habe und ich stehe auch zu diesen Beschlüssen und werde auch weiterhin dazu stehen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich die Ungerechtigkeit der Mehrheit des Gemeinderates durch diese praktizierte Förderungspolitik aufzeigen. Seit Jahren - so auch mit den heutigen Beschlüssen - werden Grundstücke der Stadt billigt an Unternehmer verkauft, z. B. eben diese 3.144 m² an die Fa. Engel um S 170,--/m² oder an die Fa. Riegler von 3.000 m² um S 350,-- und 4.000 m² an die Fa. Lehner ebenfalls um S 350,-- pro m². Man gewährt diesen Firmen weitere Begünstigungen, daß die Aufschließungskosten von der Stadt getragen werden und die Bezahlung der wertvollen Grundstücke in 5 Jahresraten unverzinslich erfolgt. Im Gegensatz dazu werden Gemeindegrundstücke an die gemeindeeigene Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr, eben der GWG, für den Wohnbau teure Wohnstücke weitergegeben, z. B. wurden die Reithoffergründe zum Quadratmeterpreis von S 320,-- von der Stadt angekauft und kürzlich an die Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr teurer verkauft, nämlich um S 350,--/m². Man wollte ja sogar diesen Grund aufwerten auf S 700,-- pro m² und auch so an die GWG verrechnen. Diesbezüglich war ja eine Debatte im Gemeinderat und eine Beschlußfassung notwendig, daß man diesen Grund um S 350,-- weitergibt. Für den Wohnungsbau am Bergerweg und am Ortskai, ebenfalls von der GWG durchgeführt, wurden die Grundstücke um einen Quadratmeterpreis von S 1000,-- an die GWG verkauft. Die Eigenheimbauer in der Josef-Fellinger-Siedlung mußten pro m² S 550,-- an die Gemeinde bezahlen. Zum Argument, das immer wieder hier verwendet wird, daß eben durch die Betriebsansiedlung nicht Arbeitsplätze geschaffen werden, aber nicht gesichert sind in diesen Verträgen, die ich kritisiere, daß eben auf Perspektive die Steuereinnahmen, also die erhöhten Steuereinnahmen, für die Stadt die Stadt zu sehen sind. Aber meine Damen und Herren, dem möchte ich entgegenhalten, daß sich bisher die Arbeiter und Angestellten als die besten und sichersten Steuerzahler erwiesen haben und das zeigt sich vor allem in der Lohnsummen- und Mehrwertsteuer. Meine Damen und Herren, wenn immer darauf hingewiesen wird, ja all diese Förderungsmaßnahmen sind notwendig, um in der heutigen Gesellschaft die Arbeitsplätze zu sichern. Ja lieber Kollege Wippersberger, wenn die Argumentation von den Unternehmervertretern kommt und von diesen Organisationen, die halt dem Unternehmen ein bißchen näher stehen, wundert es mich nicht. Aber wenn immer wieder von den Arbeitervertretern von der Mehrheit hier im Gemeinderat das angezogen wird, wo jede Konferenz mit dieser Frage, nämlich Beschäftigter, Arbeiter und Angestellte, "Schiendluder" treibt. Kollege Wippersberger, ich glaube, ich habe das schon einmal zitiert, warum eigentlich diese Firmen, und da möchte ich vor allem die Multis ansprechen oder andere Firmen vom Ausland, die her nach Österreich ziehen. Warum ziehen sie her? Nicht daß sie uns Arbeitsplätze schaffen und in Zukunft sichern werden, sondern weil sie einen Sonderprofit in der Richtung sehen, daß die Lohn- und Gehaltskosten um 30 % hier auch in Steyr und Umgebung, so auch in Öster-

reich, billiger sind, daß Investitionsförderungsmaßnahmen von der Regierung gewährt werden auf Kosten der Masse der Arbeiter und Angestellten, die heute ja, wenn man sich das Bundesbudget ansieht, die Hauptlasten tragen in Form der Lohnsteuer, die sie nicht schuldig bleiben können, wie andere die Einkommensteuer und wo man sich auch nicht vorenthalten kann, daß die Mehrwertsteuer entrichtet wird. Diese beiden Steuern sind derartig belastend für die Werktätigen unserer Bevölkerung. Ich glaube, man sollte das auch von diesem Aspekt betrachten. Wenn schon aufgrund dieser Misere der Gesellschaftsordnung, nämlich daß trotz all dieser Förderung von Bund, Land und der Gemeinde, derartig hohe Arbeitslosenzahl sind, dann muß man sich in Zukunft etwas anderes überlegen und andere Argumente anführen, um meine Argumente zu entkräften.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger ist der nächste Debattenredner.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Eigentlich, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wollte ich mich nicht mehr zu Wort melden. Ich habe ja vorerst schon meine Meinung kundgetan. Kollege Treml, daß die Arbeitnehmer die sichersten Steuerzahler sind und auch am pünktlichsten zahlen, damit hast Du absolut recht. Aber auch nur dann, wenn sie auch Arbeit haben. Denn wenn sie nicht arbeiten, dann können sie auch keine Steuern bezahlen. Abverkauf von Grundstücken und diese Sonderförderungen, die wir als Stadt an Betriebe leisten, daß sie sich hier ansiedeln, da kann ich nur sagen, man zwingt uns förmlich zu diesen Preisen. Steyr ist ja räumlich eine ganz kleine Gemeinde. Unsere Nachbargemeinde St. Ulrich ist z. B. gebietsmäßig größer, sie hat 98 km², Steyr hat 26,2 km², also ist St. Ulrich fast viermal so groß. Die ganzen Umlandgemeinden von Steyr sind durchwegs weit größer als unsere Stadt. Diese Gemeinden sind sehr dünn besiedelt. Auch das wissen Sie ja. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, Betriebe, die sich bei ihnen ansiedeln wollen, zu sehr günstigen Bedingungen Grundstücke zu verkaufen. Wir haben in letzter Zeit einige Steyrer Firmen verloren. Ich erinnere an die Firma Storebest, die nach Aschach gegangen ist. Dort gab man ihr Grundstücke um S 134,--/m². Es sind nach St. Ulrich einige Betriebe ausgewandert. Firma Agre ist auch mit ein Betrieb. Es kommt in nächster Zeit wieder ein kleinerer Betrieb, der sich dort ansiedeln wird. Dort gibt es Grundstücke um S 150,--/m². Ja glaubst Du, daß wir Freude damit haben, wenn wir so großzügig handeln. Wir müssen es tun, ansonsten verlieren wir laufend die Betriebe. Ich darf nochmals sagen, hätten wir in den letzten Jahren nicht so große finanzielle Opfer wir als Stadt auf uns genommen, wir hätten jetzt eine sehr sehr große Arbeitslosigkeit. Wir haben jetzt bedauerlich eine Arbeitslosenziffer von rund 1.200 in der Stadt. Aber die Arbeitslosenziffer wäre mindestens um 50 %, wenn nicht um 60 %, höher, wenn wir diese Förderungen nicht gemacht hätten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Wippersberger. Kollege Holub ist der nächste.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es war schon ein sehr starker Kaffee, der da über uns heruntergeträufelt ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, habt Ihr nicht auch den Eindruck, ich glaube, daß da schon auch das Theater eine große Rolle gespielt hat

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Für Dich ist das vielleicht ein Theater.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, daß eine ganz Fülle von - wenn ich jetzt boshaft wäre, dann würde ich sagen von Unverständnis, das die erste Wortmeldung des Kollegen Treml begleitet hat. Es ist nicht meine Aufgabe, hier ein Seminar zu halten über betriebliche Finanzierungen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Du bist ganz gescheit, aber unter Anführungszeichen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Danke für das Kompliment und für das Anführungszeichen. Ich finde es nicht ganz fair, wenn in Zwischenrufen jemand in der Form kritisiert wird. Für diejenigen, die es nicht gehört haben, Kollege Treml ist der Meinung, daß ich ganz gescheit bin unter Anführungszeichen. Das nur zur Abrundung der sachlichen Diskussion. Die Finanzierung von Unternehmungen ist nicht so einfach, wie das 20-x-4-Rechnen einfach sein kann. Das Entwicklungskonzept sieht - Du hast es richtig vorgelesen, nehme ich an, inhaltlich kenne ich es natürlich auch - die Absicht von Miet- und Pachtverhältnissen vor. Meine Fraktion hat ein Unternehmensförderungskonzept mit dem Modell Gewerbehöfe vorgelegt, dazu auch Finanzierbarkeitsvorschläge unterbreitet, wo die Sache in etwa in dieser Richtung läuft. Wenn man jetzt nur Milchmädchenrechnungen betriebe, müßte man sagen, na gut, das ist ja ansich richtig, warum sollen wir nicht vermieten und verpachten. Ja, lieber Otto, es ist halt nicht ganz so einfach, daß $20 \times 4 = 80$ ist, sondern jeder Betrieb hat andere innere Voraussetzungen. Für den einen kann es in der Finanzierbarkeit sehr gut und sehr richtig sein, wann man sie einmietet, für den anderen, der schon besteht, ist es auch durchaus abverlangbar, daß der ankauft, nur nicht um jeden Preis. Man kann sicherlich über Preise diskutieren, aber die Meinung des Vizebürgermeisters Wippsberger ist ja nicht zu bestreiten, daß wir auch im Rahmen der Stadt Arbeitsraum zur Verfügung stellen müssen an die Unternehmungen, die hier in Steyr tätig sein wollen. Daß in Gesprächen zwischen den Unternehmungen und der Stadt der für beide Teile tragbarste Weg gesucht wird, steht fest. Hier bei diesen Verträgen ist ja ein Vor- und Wiederkaufsrecht zur Sicherung gegen die möglichen Risiken vorgesehen. Insoferne ist der Vertrag ja absolut zu unterstreichen, das Vor- und Wiederkaufsrecht sichert die Betriebsführung auf 3 Jahre ab. Die Betriebe verpflichten sich ja, innerhalb von 3 Jahren den Betrieb aufzunehmen. Die Möglichkeit, die mir gegeben ist, Deine Argumentation zu verstehen, ist eine äußerst geringe. Du wirst mir jetzt wieder sagen, daß das an meiner geistigen Unzulänglichkeit liegt, aber ich bin erstens erwachsen und zweitens nicht ganz unselbstbewußt, ich habe auch eine Berufsausbildung hinter mir und bin auch nicht un stolz, einen Beruf zu haben. Ich lasse mir in meinem Beruf von meinen Vorgesetzten gerne bestätigen, ob ich in meinem Beruf etwas kann oder nicht, bestreite aber Otto, daß Du die Kapazität in Dir hast, das beurteilen zu können. Das möchte ich jetzt einmal sagen, weil mir der Ton schön langsam aufs Weckerl geht. Was Du da mit den Steuerbelastungen angeführt hast, das ist Jacke und Hose. Natürlich leiden wir alle unter der Steuerpolitik. Aber so ist es ja auch nicht, daß die Unternehmer diese bösen alle die Steuern hinterziehen und nur die Arbeitnehmer die Steuern entrichten müssen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sie müssen auch nach dem Gesetz.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Daß Arbeitnehmer autonome Gebilde sind, sondern daß die Wirtschaft ein ungeheurer komplexer Bereich ist im Zusammenspiel von Zurverfügungstellung von Arbeitsplätzen und von Pflichterfüllung durch Arbeitnehmer, wenn man das nicht zur Kenntnis nehmen will, dann muß man nur in die von Dir hochgelobten Gebiete schauen. Da kann man ganz klar erkennen, daß die Welt halt auch nicht ganz so heil ist. Ich nenne nur Polen und ähnliche Sachen. Sind wir froh, daß wir hier in Österreich leben, sind wir froh, daß wir zumindest mehrheitlich in einer sachlichen Ebene für unsere Bürger versuchen können, das Optimale zu erreichen. Daß ist nur ganz wenigen Menschen hier in diesem Land um ein augenscheiniges Spektakel im Interesse einer kleinen Parteigruppe hier geht, daß wir keinen einzigen Arbeitsplatz hier mehr schaffen, das wird vielleicht auch die Arbeitnehmer interessieren.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Diese bösen Länder, die Du anführst, schaffen in Steyr sehr viele Arbeitsplätze.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Ich möchte mich nicht wiederholen, sondern verweise auf das Schlußwort beim Grundverkauf an die Firma Gangl bzw. die Firma Almauer von der Gemeinderatssitzung vom 28. 11. 1985.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Danke. Gegen eine Stimme beschlossen.

(1 Gegenstimme: KPO)

Wir sind somit mit dem 5. Tagesordnungspunkt fertig. Wir kommen zum 6. Tagesordnungspunkt, zur Aktuellen Stunde. Von den Vertretern der SPÖ Kollege Pimsl bitte.

AKTUELLE STUNDE

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bemühungen der Stadt Steyr, zusätzliche Arbeitsplätze durch Betriebsansiedlungen zu bekommen, werden nicht nur durch gegensätzliche Standpunkte, wie sie bei der letzten Diskussion heute zum Ausdruck gekommen sind, erschwert, sondern werden viel mehr noch erschwert durch die Randlage der Stadt zum öö. Zentralraum, zu den öö. Hauptverkehrsverbindungen, ob dies die Straße, die Bahn oder das Wasser ist. Dieser Nachteil zeigt sich bei allen Gesprächen mit Interessenten, die eingeladen werden, hier in Steyr eine Betriebsgründung vorzunehmen oder, wenn es darum geht, Betriebsausweitungen zu tätigen. Zuletzt war dies der Fall bei zwei Anlässen, die vor kurzem stattgefunden haben, das war der Neujahrsempfang des Bürgermeisters und die Eröffnung der CA-Filiale hier am Stadtplatz. Unabhängig voneinander haben namhafte Vertreter der Wirtschaft darauf hingewiesen, daß sie sehr interessiert sind, hier in Steyr zu investieren, auch die nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Daß es aber immer wieder

letztlich daran scheitert, daß eben bei der Überlegung über den günstigsten Stadort einer Betriebsgründung Steyr sehr nachteilig dabei herausfällt. Dies hat aber schon seit Jahrzehnten die Verantwortlichen der Stadt veranlaßt, immer wieder zu fordern, daß Steyr mehr in den Hauptverkehrsverband eingebunden wird und es hat bereits zu Beginn der 70er-Jahre Planungen der OÖ. Landesbaudirektion gegeben, die aufgrund der Forderung der Stadt gemacht wurden, eine sogenannte Schnellstraße zur bestehenden Autobahn von Steyr nach Enns zu errichten. 15 Jahre, meine Damen und Herren, wurde dieses Projekt verschleppt. Zuletzt war es so, daß natürlich auch die Betroffenen, ob dies die Landwirtschaft ist, ob dies die Gemeinde ist, durch die diese Schnellstraße führt, ob dies Proteste von Umweltschützern waren, alle waren sich darüber einig, daß eine leistungsfähige Straßenverbindung von ihrer Sicht her nicht allzu vordringlich sei, obwohl jeden unserer Bürger in dieser Stadt und insbesondere der Wirtschaft, die Nachteile bewußt werden. Und es kam natürlich auch wie es kommen mußte, nämlich daß nicht kleine Streitereien zwischen den einzelnen Behörden und Ämtern aufgetreten sind, sondern es war weit und breit trotz verschiedener Resolutionen des Gemeinderates eine Verwirklichung dieser Forderung nicht abzusehen. Zuletzt war es so, daß offenbar in einer Absprache mit dem Zuständigen für OÖ., Herrn Landesrat Winetzhammer, und mit dem damaligen Bundesminister Sekanina, in der Novelle zum Bundesstraßengesetz im Jahre 1983, die S 37, so nennt sich dieser Verkehrsverbund, der hier realisiert werden sollte, gestrichen wurde. Gestrichen aus dem Grund, daß einerseits aus fehlenden Budgetmitteln offenbar diese Frage sich aufgedrängt hat, daß aber vor allem wegen der Unstimmigkeiten der Betroffenen eine Realisierung in keiner Weise in eine abschätzbare Nähe gerückt ist. Es hat auch die Stadt damals aufgrund dieser Vereinbarung, die ja ohne ihr Mitwirken getroffen wurde, erklärt, es ging der Stadt nicht so sehr um die S 37 als um eine leistungsfähige Straßenverbindung von Steyr in Richtung Enns bzw. Linz. Es wurde auch bei mehreren Gesuchen, sowohl des damaligen Bautenministers Sekanina, sowie dessen Nachfolger Dr. Ubleis, darauf hingewiesen, wie sehr diese Straße von allen Beteiligten gewünscht und benötigt wird. Es wurde von unseren kompetenten Stellen darauf hingewiesen, daß wir durchaus bereit sind, eine andere Lösung zu akzeptieren, wenn sie nur errichtet bzw. tatsächlich gebaut werden sollte und könnte. Wir haben uns daher auch in dieser Frage im Gemeinderat beschäftigt und waren der Meinung, daß die Frage des Querschnittes, ob eine Schnellstraße oder Bundesstraße für uns nicht von vordringlicher Bedeutung sei, sondern die prekäre Verkehrssituation müsse endlich einmal verbessert werden. Aus der Äußerung der Stadt, daß wir notgedrungen auf die Errichtung der S 37 verzichten, hat offenbar der Herr Landerrat Winetzhammer einen Verzicht der Stadt auf die S 37 bzw. auf eine Ersatzstraße abgeleitet und behauptet immer wieder, Steyr sei an einer Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nicht interessiert. Ich möchte hier sehr deutlich zum Ausdruck bringen und Sie Herr Bürgermeister bitten, diesen Standpunkt des Gemeinderates, der durch entsprechende Beschlüsse immer wieder untermauert wurde, auch dem Herrn Landesrat mitzuteilen und ihn aufzufordern, doch endlich eine realisierbare Variante einer besseren Straßenverbindung nach Enns oder Linz vorzulegen, damit ein entsprechender Baubeginn auch festgesetzt werden kann. Es hat Bautenminister Dr. Ubleis im vergangenen Jahr erklärt, sofern alle Planungsarbeiten zeitgerecht erledigt werden, von ihm aus ein Baubeginn bereits 1987 durchaus realisierbar erscheint. Nach dem jetzigen Stand der Planungserhebungen und Planungsarbeiten ist dieser Termin höchstens ein Traummann-

leintermin, den man nennen kann, denn wenn sich die Dinge so wie bisher weiterentwickeln, wird es nicht vor 1990 zu einem Baubeginn und schon gar nicht zu einer Vollendung kommen, wenn man weiterhin versucht, eine Forderung der Stadt, die so dringend und notwendig ist, zu bagadellisieren. Ich bitte daher alles zu unternehmen, daß einerseits die Verhandlungen mit den Betroffenen so rasch als möglich durchgeführt werden. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß bereits verschiedene Varianten zu neuen Protesten von Betroffenen führen und daß beispielsweise die Bewohner der Gemeinde Dietach gegen eine Variante, die auch niemand in diesem Kreis kennt, stur laufen, die davon ausgeht, daß diese Straße durch die bestehende Ortsdurchfahrt verbreitert wird und natürlich zu erheblichen Problemen für die Anrainer führen würde, weil andererseits betroffene Grundinhaber es lieber sehen würden, daß zwar eine Straße gebaut werden soll, aber diese soll halt über den Nachbargrund gehen und entsprechend dem Florianiprinzip versucht ein jeder, sein Unheil auf andere abzuwälzen. Ich glaube aber, mit dieser Methode wird man kaum einen Schritt weiter kommen, sondern man muß hier von dieser Stelle aus und vor allem von der Seite der verantwortlichen Mandatäre unserer Stadt nachhaltig darauf hinweisen, daß die Realisierung dieser Trassenverbindung es erst möglich macht, unsere Bestrebungen weiterer Betriebsansiedlungen, Verstärkung der heimischen Wirtschaft, von Erfolg gekrönt ist. Daß zwangsläufig auch die großzügigen Förderungen, die heute meiner Meinung nach zu Unrecht kritisiert wurden, nicht zum Ziel führen, wenn andere Argumente gegen eine Betriebsansiedlung sprechen. Es muß daher im Zusammenwirken aller Stellen versucht werden, nicht nur die prekäre Arbeitsmarktsituation dauerhaft zu verbessern, sondern daß auch die Voraussetzungen geschaffen werden, um durch Betriebsansiedlungen entsprechend unseres Konzeptes zu einer wirtschaftlichen Belebung der Stadt Steyr und seiner Umlandregion zu kommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Pimsl. Ich möchte als Bürgermeister zu diesen Ausführungen zunächst einige Worte anführen.

Wir haben nie als Stadt verzichtet auf eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen. Es ist lediglich in unserem Interesse gelegen oder sehr in unserem Interesse gelegen, daß die Straßenverbindungen im besonderen in den oberösterreichischen Zentralraum eine Verbesserung erfährt. Wir haben lediglich uns in der Formulierung geändert. Kollege Pimsl hat es ja angeführt, wir haben nicht unbedingt auf eine bestimmte Straßenkategorie festgelegt. Ich glaube, wir waren im Gemeinderat einvernehmlich dieser Auffassung, daß das notwendig ist. Es ist erforderlich und ich werde dem Ansinnen des Kollegen Pimsl gerne nachkommen, daß wir mit Nachdruck bei der öö. Landesregierung wiederum vorstellig werden, um diesen unseren Wunsch zu erneuern und auch die Dringlichkeit entsprechend darzustellen. Ich glaube auch, daß wir in diesem Zusammenhang mit unserer Nordspange ins Rennen kommen müssen, daß wir in Kürze unsere Vorstellungen dem Land in entsprechender Form vorzutragen haben. Soweit meine Mitteilung. Ich möchte aber nochmals ausdrücklich erklären, wir haben als Stadt offiziell und auch inoffiziell nie auf eine Verbesserung der Straßenverbindung in dem öö. Zentralraum verzichtet. Für uns ist diese Frage nach wie vor lebenswichtig. Wer möchte dazu noch etwas sagen. Seitens der ÖVP hat sich Kollege Holub dazu gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Natürlich vereint uns das Wollen um eine Verbesserung der Straßenbe-

ziehung. Ich glaube aber nicht, daß Landesrat Winetzhammer irgendwann einmal gesagt haben könnte, daß die Stadt Steyr an einer Verbesserung nicht interessiert ist. Es ist durchaus denkbar, daß gesagt worden ist, aus dem Bundesstraßenprojekt ist die S 37 entfernt worden. Die Stadt hat dem zugestimmt. Ich glaube nicht, daß es so ist, daß irgendjemand da die Stadt schlecht stellen will. Ich hoffe, nicht unterstellen zu müssen, daß das die Absicht war, das so auszudrücken. Die Planung der Straßenverbindung Steyr - Enns obliegt der Landesbaudirektion im übertragenen Wirkungsbereich für das Bundesministerium für Bauten und Technik. Das ist eine allbekannte Weisheit. Der Planungsauftrag lautet, verschiedene Projekte vorzulegen, die dann entscheidungsreif sind. Die Entscheidung fällt ja nicht beim Landesrat Winetzhammer, sondern beim Bundesminister für Bauten und Technik. Soweit zur rechtlichen Lage. Wenn der Herr Bundesminister für Versprechungen, Bauten und Technik im Jahr 1985 anlässlich der Tunnelöffnung festgestellt hat, daß es seiner Meinung nach denkbar ist, daß 1987 der Baubeginn sein könnte, so wissen alle hier im Raum, daß man ein wenig den Kopf geschüttelt haben muß, wenn man den Planungszustand erkannt hat.

Darum habe ich ihm ja den Titel "Bundesminister für Versprechungen" jetzt noch dazugegeben, denn wenn der Herr Bundesminister alle Bauten wahr machen will, die er im letzten Jahr versprochen hat, dann glaube ich, ist von einer Baukrise wirklich nicht mehr die Rede, sondern ganz Österreich ist eine einzige Straßenbaustelle. Ich denke, daß da das Wollen zur Zusage größer ist als das Können zur Verwirklichung. Genau das gleiche ist der Termin 1987 zur Fertigstellung. Eines steht jedenfalls fest, daß dort, wo etwas gemacht werden kann, tatsächlich Maßnahmen gesetzt werden. Das Baulos Bad I ist jetzt im Ausschreibungsverfahren und kann daher ab Sommer mit den Baumaßnahmen begonnen werden. Es ist ja eines der Beginnstücke für die Einmündung in die Nordspange. Daß für die Nordspange verschiedene Trassen vorliegen und die Weiterführung dann in die bestehenden oder auszubauenden Straßen nach Enns, also in Richtung Zentralraum, steht fest, daß gegen jedes Projekt, das nur irgendwo fruchtbar wird, sofort postwendend, wenn es geht schon vor der Projektierung, von den Anrainern Einspruch erhoben wird, das ist eine bedauerliche Sache in unserer Wirklichkeit, in der wir leben. Zum Teil spricht es für den mündigen Bürger, aber zum Teil spricht es auch von der Frage der Verwirklichbarkeit von irgendwelchen Baumaßnahmen. Des einen Freud, des anderen Leid, das steht schon fest. Ich glaube, daß es richtig ist, Projekte sehr sorgfältig zu überprüfen, denn die Straßen, die jetzt gebaut werden, sind ja dann auf Dauer hier vorhanden. Die Eingriffe in unsere Gegend und in unsere Landschaft, die müssen nicht nur unseren Straßenverkehr bewältigen können, sondern einer jetzt kritischen Jugend und der späteren Bevölkerung unseres Landes gerecht werden können. Wir haben gar keinen Anlaß zu zweifeln, daß die Dringlichkeit der Straßenbeziehung Steyr - Linz nicht beim Land einsichtig ist, da gibt es wirklich keinen Grund. Sicherlich wird Herr Bürgermeister Schwarz, wenn er den Vorschlag des Herrn Stadtrat Pimsl nachholt und beim Land erneut vorstellig wird, mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit offene Ohren finden, weil das Problem allen Beteiligten ersichtlich ist. Die Problemlösbarkeit selbst ist allerdings etwas anderes, wie vorhin schon von Dir Herr Stadtrat das Florianiprizip sehr verdeutlicht wurde. Wenn wir alle gemeinsam uns bemühen, daß auch diese Frage in Zukunft lösbar sein wird und daß es sehr wenig Sinn hat, in jeder Gemeinderatssitzung so einen OVP-Landesrat sich herauszunehmen, den man als bösen Buben in das Fenster des Hauses stellt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL zu diesem Problem? Bitte Herr Gemeinderat Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Für mich ist es sehr verwunderlich, daß der Obmann des Umweltausschusses zugleich der stärkste Betonierer hier herinnen ist und unbedingt die Nordspange haben will und unbedingt die S 37, die wahrscheinlich nicht verwirklicht werden wird. Ich glaube, es gibt auch andere Möglichkeiten, als nur zu denken, man kann die Straßen verbreitern, man kann noch mehr Straßen bauen. Man sollte übergehen auf eine vernünftige Verkehrspolitik. Man sollte die Bahn mehr miteinbeziehen, man soll versuchen, neue Überlegungen anzustellen, wie es in anderen Ländern sehr oft gemacht wird, daß man z. B. die PKW's nicht mehr in die Stadt hereinläßt, daß man versucht, großzügigere Verkehrsmittel in der Stadt anzulegen, daß man versucht, einige Kleinbusse in Betrieb zu nehmen, sodaß man nicht ständig betonieren muß und die Grünflächen, die noch vorhandenen Gärten und Landschaften verunstalten muß. Ich bin vor allem erschüttert, daß der Obmann des Umweltausschusses dies vortragen muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Namens der KPO Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die KPO ist für eine spürbare Verbesserung der Infrastruktur für unsere Stadt und der Umlandregionen. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, wie es auch Kollege Pimsl als Sprecher der sozialistischen Fraktion an die Spitze gestellt hat, es ist nämlich in erster Linie die Aufgabe der Bundes- und der Landesregierung, für eine Förderung z. B. der Ansiedlung von Betrieben mit neuen Produktionen und zur Modernisierung der bestehenden Betriebe zu sorgen. Dazu gehört natürlich auch der schnelle Ausbau der Infrastruktur, vor allem die angeschnittene Straße in den Zentralraum Oberösterreichs und ich glaube, es bedarf ja keiner besonderen Unterstreichung in der Aktuellen Stunde, da wir ja ebenfalls in unserem Entwicklungskonzept eine Verpflichtung uns auferlegt haben schon im Jahr 1984, Sorge zu tragen, daß unverzüglich mit dem Bau der Nordspange und eines leistungsfähigen Anschlusses an die Westautobahn zu drängen haben. Wir haben damals ausdrücklich festgestellt, daß gegenüber der Idealvorstellung der S 37, wahrscheinlich aufgrund der Gegebenheiten der Schwierigkeiten der Großbauern, es nicht möglich sein wird, diese durchzuführen. Das heißt, daß wir besonders unterstrichen haben den Ausbau der derzeitigen Bundesstraße von Steyr in Richtung Enns. Dazu gehört auch - und das haben wir auch festgelegt - natürlich auch die Verbindung auf den Schienen, nämlich den Ausbau und die bessere Verbindung zur Westbahnstrecke zu fordern. Ich glaube, das ist eine Verpflichtung für uns und man soll auch seitens des Präsidiums hier Schritte in die Wege leiten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Der Referent, Kollege Pimsl, noch einmal.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren! Nicht der böse Bube wird hier gesucht, denn ginge es nur um den, dann wäre ja die Möglichkeit, ihn zum Krampus zu bestrafen. Aber es geht darum, daß ein verantwortlicher Politiker es sich nicht leisten sollte, 13 Jahre eine Planung ohne Ergebnis zu betreiben. Hier ist die politische Verantwortung eindeutig vorhanden und dazu bedarf es nicht einer parteipolitischen Aussage, sondern einer rein sachlicher Feststellung, daß seit 1971 die Planungsarbeiten für die damalige S 37 begonnen wurden und bis 1983 zu keiner positiven Erledigung führten. Daß aus diesen Gründen heraus vermutlich es

zu einer einvernehmlichen Auffassung gekommen ist, daß die S 37 in der ursprünglich verlangten und gewünschten Form nicht realisierbar erscheint ist offenbar das Ergebnis dieser Aussprache. Daß dies aber nicht bedeutet, daß die Stadt Steyr auf eine leistungsfähige Anwendung verzichtet, wurde auch von Dir Herr Vizebürgermeister eindeutig festgestellt. Ich bitte trotzdem hier meine Meinung in der Form zu akzeptieren, daß hier die Landesbaudirektion, die diese Aufgaben vom Bund übertragen bekommen hat, ihren Aufgaben nachkommt. Wir haben seitens der Stadt - wie ich vom Stadtbauamt erfahren habe - Vorplanungen bereits unternommen, um über die Realisierbarkeit einer solchen Variante zu einer schnelleren Erledigung zu kommen, auch nur mit Geld verbunden, durchaus eine Unterstützung der Landesbaudirektion gegeben. Wenn man aber meint, es sollte die Stadt Steyr selbst die Ablösegespräche mit den Betroffenen führen, dann würde das sicherlich nicht möglich sein, weil wir die Zuständigkeit dafür nicht haben. Dafür ist das Land zuständig und ich fordere nochmals auf, daß hier möglichst rasch diesbezügliche Verhandlungen geführt werden. Es gibt auch ein weiteres Büro, welches Erhebungen geführt hat. Es war das der Planungsauftrag an den Dipl.-Ing. Eckenfelder, der die Trassenführung vom Heuberg über die Enns untersucht und auch ihre Brauchbarkeit und Tauglichkeit prüfte. Auch hier haben wir von der Stadt her entsprechende Vorschläge und Varianten geliefert. Sie zu verwirklichen, die beste daraus auszuwählen, ist letztlich wieder Aufgabe der Landesbaudirektion unter der verantwortlichen Führung von Herrn Landesrat Winetzhammer. Kollege Ramoser hat heute schon so viel für Heiterkeit gesorgt, daß es auf eine mehr oder weniger sicherlich nicht darauf ankommt. Aber es bedeutet ja ein völliges Unwissen der Probleme dieser Stadt, was er bei seinen Beiträgen zum Ausdruck bringt. Denn gerade er als Polizist sollte einigermaßen wissen, wie sich die Verkehrssituation in der Stadt entwickelt hat, er sollte jeden Tag selbst am eigenen Leib verspüren, wie die Anrainer an den Hauptverkehrsstraßen in der Haratzmüllerstraße, Blümelhuberberg, Ennsener Straße zu bedauern sind. Aber um das geht es ihm ja nicht. Es geht ihm ja nicht um die Menschen unserer Stadt, es geht ja den Grünen offenbar darum, die Arbeit abzuschaffen. Denn die Parade Grüne hat ja schon vor 6 Jahren die Arbeit aufgegeben, weil sie die Arbeit nicht aushaltet, aber sie läßt sich vom Staat natürlich eine Pension bezahlen, ohne daß sie dafür länger arbeiten mußte. Das sind ja offenbar Ihre Auffassungen von einer Arbeitswelt und von einem erfüllten Leben. Dazu möchte ich nicht mehr äußern, weil Du davon wirklich nichts verstehst, lieber Kollege Ramoser, sondern es wäre durchaus hier anzuraten, sich über diese Dinge besser und vor allem objektiver zu informieren. Zum Kollegen Treml möchte ich nichts hinzufügen, weil er durchaus aus meinem Beitrag heraus verstanden hat, die Sorge der Stadtverwaltung für verschiedene Anliegen der Bürger und daß es uns gerade als Arbeitnehmer, der betroffen ist von den negativen Auswirkungen der Wirtschaft, betrifft. Wir wollen sicherlich gemeinsam eine gesunde Wirtschaft, möglicherweise jeder mit anderen Methoden, aber das Ziel ist eine gesunde Wirtschaft, die jeden einzelnen von uns Arbeit und die Möglichkeit des Verdienens gibt. Ich glaube, um das geht es uns und ich möchte nochmals bitten, diesen meinen Beitrag sehr ernst zu nehmen, weil dieses Problem letztlich nicht eine längere aufschiebende Wirkung haben kann. Wir stehen vor einer Situation, daß wir täglich mehrere Infarkte auf der Straße erleben, weil der Verkehr zusammenbricht. Es ist ja recht schön, wenn Kollege Ramoser meint, wir sollen den Verkehr aus der Stadt verbannen. Er muß mir nur sagen, wohin bitte. Wahrscheinlich steckt er sein Auto in die Westentasche, das mag schon sein. Aber andere können das

nicht. Er selbst ist ja auch durch seinen Zweitwohnsitz ein Pendler in die Stadt und ich nehme an, daß er dazu auch ein Fahrzeug benötigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Pimsl für die Erklärung als Referent. Nächste Partei, die ein Problem vorträgt, ist die ÖVP. Kollege Hochrathen bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich will mich mit meinem Beitrag ebenfalls mit einem Verkehrsproblem befassen, wenngleich auch nicht so bedeutsam wie das vorangeführte Thema. Es ist aber doch für die Betroffenen ein äußerst wichtiges Anliegen. Am 5. Dezember hat der Verkehrsausschuß ein Linksabbiegeverbot auf der Leopold-Werndl-Straße stadteinwärts in die Reichenschwallstraße beschlossen. Vor rund zwei Wochen ist das Verkehrszeichen aufgestellt worden. Seit diesem Zeitpunkt herrscht in der betroffenen Bevölkerung große Unsicherheit und es hat dieses Thema auch bereits in der Presse ihren Niederschlag gefunden. Es beweist mir dies die Richtigkeit der von meiner Fraktion im Verkehrsausschuß bei der Beschlußfassung geäußerten Bedenken. Die Reichenschwallstraße stellt für den Bereich Garsten die kürzeste Verbindung in die Schlößlmayrsiedlung, Christkindlsiedlung, nach Pergern, Rosenegg, Tinsting und wie die kleinen Ortschaften alle heißen, dar. Sie stellt aber auch die kürzeste Verbindung von Garsten in das neue Behördenzentrum Bezirkshauptmannschaft, neues Gericht und Handelskammer dar. Es ist ja ein Umweg über die Tomitzstraße, dann in die Stelzhamerstraße zu fahren. Sicherlich ist das meiner Meinung nach dem Verkehrsteilnehmer durchaus zumutbar, es stellt aber keine zufriedenstellende Lösung dar. Das Einbiegen von der Tomitzstraße vor dem Tunnel Stelzhamerstraße ist wegen des starken Verkehrs und der Unübersichtlichkeit dieser Kreuzung ein äußerst gefährliches Vorhaben und man kann immer von Glück reden, wenn es ohne größere Probleme geht. Es sind auch dort schon einige Verkehrsunfälle laut Polizeimeldung passiert. Es weichen nun viele Verkehrsteilnehmer - zum Großteil die ortskundigen Verkehrsteilnehmer - auf die viel schmalere und unübersichtlichere Sarningasse aus. Das kann aber nicht im Sinne unserer Verkehrsplaner unserer Stadt liegen, denn dadurch verlagert sich der Verkehrsfluß um nur etwa 100 m weiter in Richtung Garsten. Ich habe durchaus Verständnis für das Anliegen der Bewohner der Reichenschwallsiedlung, nämlich daß sie eine Verkehrsberuhigung in diesem Bereich wünschen. Ich glaube auch, daß man alle Vor- und Nachteile von solchen Maßnahmen genau abwägen soll und dann doch die günstigste Entscheidung für alle herauszusuchen und auch durchführen soll. Gerade am Verkehrssektor bin ich aber dafür, daß man eine Maßnahme, die bereits getroffen wurde und wenn sich diese Maßnahme als nicht zielführend erwiesen hat, neu zu überdenken, abzuändern oder auch zurückzunehmen. Ich möchte nun behaupten, daß sich das Linksabbiegeverbot auf der Leopold-Werndl-Straße als nicht zielführend erwiesen hat und nicht den erwarteten Erfolg bringt und nun einer neuerlichen Änderung bedarf. Ich habe mir in den letzten Tagen die Mühe gemacht und mir das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich angeschaut. Die Verkehrsteilnehmer kommen aus Richtung Garsten, sie nehmen nur zum Teil das Linksabbiegeverbot wahr, wissen plötzlich nicht, was sie tun sollen, steigen einmal auf die Bremsen, überlegen dann, ob sie reinfahren sollen oder nicht. Man kann vielfach beobachten, da bei der Pyrachstraße ganz waghalsige Umdrehmanöver gestartet werden. Die Leute fahren wieder zurück und fahren dann stadtaus-

wärts in die Reichenschwallstraße ein. Manche, ich weiß nicht, ob sie das Verkehrszeichen gar nicht wahrnehmen oder ob sie es bewußt mißachten, biegen trotzdem ein. Andere fahren durch die Sarninggasse und das habe ich schon erwähnt, denn da würde sich das Verkehrsaufkommen nur verlagern und das stellt auch keine Lösung dar. Der Umweg über die Tomitzstraße und mit dem dadurch bedingten Linksabbiegen in die Stelzhamerstraße ist ebenfalls keine Ideallösung. Ich er suche daher das Linksabbiegeverbot auf der Leopold-Werndl-Straße wieder aufzuheben und den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diese Berichterstattung bzw. für die Aufzeigung dieses Problems. Seitens der SPÖ bitte Kollege Pimsl, der gleichzeitig auch der zuständige Referent ist.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Lieber Kollege Hochrath, vorweg eines. Es ist von Haus aus immer mein Bemühen, wenn sich Maßnahmen, die wir oft gemeinsam und einstimmig oder auch mehrheitlich beschließen, als sich nicht zielführend erweisen, diese Beschlüsse rückgängig zu machen oder den besseren Bedingungen anzupassen. Das einmal grundsätzlich, weil es nie meine Aufgabe war, etwas zu verteidigen, was sich als nicht ganz gangbar erweist. Aber ich glaube, eines vorweg sagen zu dürfen. Nach 14 Tagen des Beschulderns kann man bei bestem Willen keine endgültige Feststellung treffen über den Sinn oder Unsinn einer Maßnahme. Von den Bewohnern von Reichenschwall kommen immer die Vorsprachen, eine Abhilfe des Durchzugsverkehrs zu schaffen. Es ist meiner Meinung nach als Verkehrsreferent eine Zielsetzung des Verkehrsausschusses, die leistungsfähigen Straßenverbindungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten innerhalb der Stadt errichtet wurden, so zu benützen, daß sie dem Zweck, für den sie ja gebaut wurden, auch entsprechen. Daß wir dort, wo es möglich ist, in reinen Wohngebieten den Verkehr soweit verdünnen, daß das Wohnen in reinen Wohngebieten wieder etwas umweltfreundlicher wird. Daher ist auch das Verständnis meinerseits aber auch des gesamten Verkehrsausschusses für solche Anliegen ein sehr großes. Ob das im Resthof ist oder ob das anderswo ist, gilt auch für Reichenschwall oder Christkindl. Es kann aber nicht unsere Aufgabe als städtische Mandatäre sein, bewußt einen Verkehr, der als Durchzugsverkehr benützt wird, über ein Wohngebiet vordringlich zu führen. Ich gebe aber gerne zu, daß auch ich keine Patentlösung kenne, die den zukünftigen Bedarf der Benützung der Stelzhamerstraße aufgrund der Ansiedlung verschiedener Behörden, ob das das Kreisgericht ist, ob das die Handelskammer ist, ob das die Bezirkshauptmannschaft ist, hat. Ich habe sie nicht, aber auch niemand unter uns hat das und gerade die Anspielung auf die Pressenotiz in den Nachrichten und ich glaube, es war auch in der Steyrer-Zeitung, hat eigentlich gezeigt, daß der Journalist, der dieses Problem aufgegriffen hat, sehr sachlich versuchte, das Problem zu behandeln, weil er durchaus auch der Meinung ist, es gibt momentan keine Lösung, die alle befriedigt. Es ist auch keine Lösung, wenn wir durch diesen Zustand des Linksabbiegeverbotes von Garsten kommend, zwar der Verkehr von der Reichenschwallstraße hinüber vermieden wird und dafür die Sarningstraße mehr in Anspruch genommen wird. Es wäre aber an und für sich besser über die Werndl-Straße, Tomitzstraße in die Stelzhamerstraße zu fahren, obwohl der Verkehrsweg länger ist, aber bitte es kann doch nicht die Aufgabe eines Verkehrsplaners und eines Verkehrsreferenten sein, kürzeste Verbindungen zu schaffen auf Kosten anderer, sondern Verbindungen zu schaffen, die es möglich machen,

in einem zumutbarem Zeitraum von Punkt A zu Punkt B zu kommen, um das etwas vereinfacht darzustellen. Ich kann nur alle um ihre Mitarbeit bitten um die Lösung der Frage. Sie kann aber nicht vordringlich von der Sicht eines einzelnen Verkehrsteilnehmers jetzt schon gelöst werden. Ich gebe aber zu, daß unter Umständen eine andere Lösung eine bessere Lösung sein könnte. Ich weiß nur derzeit wirklich keine und wir werden uns mit diesem Vorhaben über eine bessere Verbindung zu den genannten neuen Ämtern zu beraten haben, weil ich glaube, daß die gegenwärtige Lösung auf die Dauer keine befriedigende sein kann, aber auch nicht die Befriedigung bringt, wenn man über Reichenschwall dann den Verkehr ableitet. Das wäre nämlich die schlechteste Lösung. Wir können das Problem nicht von einer Straße auf die andere verlagern. Wir müssen gemeinsam mit Anstrengungen die bestmögliche Lösung finden und realisieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diese Erklärung. Seitens der GAL zu diesem Problem.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das meiste ist gesagt worden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die KPÖ. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben uns mit diesem Problem sehr ausführlich im Verkehrsausschuß beschäftigt. Kollege Hochrath hat ja damals schon seine Meinung in der Ausführung, wie er sie heute gemacht hat, deponiert. Er hat Bedenken gegen diese Maßnahmen. Wir im Verkehrsausschuß haben das nicht gemacht weil wir es wollten, sondern weil eigentlich eine Bürgerinitiative uns dazu gezwungen hat, um hier verkehrslärmberuhigende Maßnahmen zu setzen. Wir haben einige Varianten diskutiert, sind aber einheitlich dann zur Auffassung gekommen, daß wir es einmal mit diesem Linksabbiegeverbot versuchen, obwohl wir wußten, daß es natürlich auf anderen Verkehrskreuzungen unter Umständen zu Problemen kommen kann. Aber unsere Auffassung war, daß es die billigste Lösung ist und sollte diese Maßnahme, die beschlossen wurde, nicht zielführend sein, kann man dieses Verkehrsschild wegbringen und es erwachsen damit keine hohen Kosten. Wir mußten auch schon eine Änderungen durchführen. Die Polizei in Steyr hat es übernommen, diese Kreuzung besser im Auge zu behalten und die negativen Ergebnisse uns in der nächsten Ausschusssitzung zu übermitteln. Diese Frage wird dann aufgrund des Ergebnisses neuerlich behandelt werden und unsere Maßnahmen treffen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zur Aktuellen Stunde die GAL. Bitte Herr Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Zur Aktuellen Stunde habe ich mir vorgenommen, eine Bürgerinitiative vorzustellen.

So wie der Kollege Pimsl zuerst für mich unsachlich und mit unsachlichen Argumenten die Grünen in ein Licht stellt von leicht Angehauchten und Arbeitslosen, die nichts arbeiten wollen und so Halbverrückte, ist das eine Argumentation von einem Kollegen, mit dem ich lange gearbeitet habe. Ich finde es nur erschreckend, wenn ein Obmann der Naturfreunde sich so quer legt gegen jede Maßnahme für den Umweltschutz. Ich finde, man sollte sachlich bleiben und Argumente auch so

bringen, daß man auch mit gutem Gewissen ihren Weg gehen kann.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das sind die Vertreter jener, die zuerst austeilen und dann nicht einstecken wollen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Bürgerinitiative, die sich am 3. Jänner 1986 im Wehrgraben gegründet hatte, wurde von 60 Kleingärtnern aus dem oberen Wehrgraben hervorgerufen. Es sind dies kleine Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen. Diese trafen sich, um ihrem Ärger Luft zu machen. Was war los? Einer unserer Prominenten in Steyr will einen Tennisplatz haben, einen Tennisplatz in seiner unmittelbaren Umgebung. Kollege Pimsl hat seinen Tennisplatz 5 Minuten entfernt, Kollege Leithenmayr will seinen Tennisplatz auch 5 Minuten entfernt haben. Kollege Pimsl, ich habe ja nicht gesagt, daß Du gespielt hast, sondern in Deiner unmittelbaren Umgebung ist ja ein Tennisplatz. Es ist doch ganz typisch für die Prominenten der Stadt Steyr, daß überall der Tennisplatz 5 Minuten entfernt ist. Klar, man kann sich leicht aufhalten und sagen, ich spiele ja gar nicht Tennis. Aber doch jeder Prominente hat seinen Tennisplatz. Und der Hermann Leithenmayr ist sicher ein Prominenter in Steyr. Da können Sie über Hermann Leithenmayr lachen so viel Sie wollen, er versucht jedenfalls im Wehrgraben einen Tennisplatz zu haben. Das geht aber nicht ohne Ärger. Da müssen natürlich einige Schrebergärtner ihre Gärten hergeben, das ist klar. Daß das auch Arbeiter der Steyr-Werke sind, das spielt keine Rolle. Der, der oben sitzt, bestimmt, was die unteren zu machen haben.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Du redest so einen Blödsinn daher, daß das nicht zum Aushalten ist.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Darum hat Kollege Leithenmayr es für sich ganz einfach gemacht. Er hat den ASKÖ Sportclub gegründet und versucht nun, im Wehrgraben einen Tennisplatz herzustellen. Daß das das Mißtrauen der Bevölkerung im Wehrgraben fördert und daß die Leute erboßt und verärgert sind, daß einer kommt und einfach 5 Schrebergärten wegräumen will und sie dann dazu veranlaßt, eine Bürgerinitiative zu gründen, das ist für mich klar. Es bleibt aber nicht nur bei der Eliminierung dieser 5 Schrebergärten, wir brauchen auch eine breite Zufahrt. Jeder Prominente will auch seine Straße dazu haben. Und wenn noch ein paar alte Bäume in der Gegend stehen, die der Straße im Weg sind, die werden dann auch noch umgeschnitten. Es gibt ja genug. Und so wird Politik gemacht. Hier gibt es eben Grüne, die sich wirklich zu dem Grünsein bekennen.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Du bist auch grün, aber hinter den Ohren.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Und die sagen, so geht es nicht, Herr Kollege Pimsl, daß wir über alle hinweg unsere Bedürfnisse stillen.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Hast Du schon einmal gehört, daß die Bäume dort unter Naturschutz gestellt worden sind. Aber das weißt Du ja nicht.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Naturschutz, Kollege Pimsl, auch die 3 Eichen in der Rosenegger Au

waren unter Naturschutz und Ihr habt sie umgeschnitten. Das ist ein Gesetz, das man anwenden kann wie man will. Jedenfalls gibt es im Wehrgraben 60 Bürger, die sich aufgelehnt haben gegen den Bau eines Tennisplatzes. Ich finde, daß diese 60 Bürger dort ein Recht auf ihre Schrebergärten haben, auf ihre Ruhe und auf ihre Plätze.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Es hat jeder das Recht, sich gegen solche Äußerungen zu verteidigen, die Du von Dir gibst.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER.

Es bleibt nur mehr zu hoffen, daß die Kollegen einsehen werden, daß es nicht so geht, daß man überall die Tennisplätze hinbaut. Außerdem ist es ja gar nicht so einfach. Kollege Sturmberger war ja bei dieser Sitzung dabei und da ist es sehr lustig zugegangen. Da ist die SPÖ nicht so gut ausgestiegen wie hier. Ihr habt eine schöne Mehrheit und könnt mit dieser Mehrheit gut argumentieren gegen einen. Dort waren 60 Bewohner des Wehrgrabens und die haben nicht so argumentiert. Es war jeden falls so, daß sich diese Leute bewußt den Ärger abgelenken haben an den Politikern der SPÖ. Ich hoffe, daß man doch einsichtig sein kann und den Tennisplatz vielleicht 10 Minuten weiter entfernt baut und dort keine Schrebergärten wegräumen muß und keine Bäume fällen muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Beitrag steht zur Diskussion. Seitens der SPÖ hat sich Kollege Tatzreiter gemeldet.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Beitrag zur Aktuellen Stunde von Kollege Ramoser über diese Errichtung eines Tennisplatzes, wo es laut Aussagen von Kollegen Ramoser ausschließlich für den Kollegen Leithenmayr zugeschnitten werden sollte, stimmt sicher nicht. Der Tennisplatz bzw. diese Freizeitanlage, die schon lange geschaffen werden sollte, ist ein Wunsch von vielen Wehrgrabenbewohnern und nicht nur der Tennisplatz, sondern auch andere Möglichkeiten sollen geschaffen werden. Es hat sich damals, als Kollege Leithenmayr in den Wehrgraben gezogen ist, der Wunsch herangetragen, gemeinsam hier etwas zu errichten. Durch die Sanierung des Wehrgrabens hat sich natürlich ergeben, daß diese Wunschträume vielleicht doch zu verwirklichen wären. Da die Grünen es verhindert haben, den Wehrgraben zu sanieren

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Zuschüttung.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Ja, das wäre richtig gewesen. Es hat sich dann natürlich zusätzlich diese Anlagenschaffung nicht ergeben, nämlich auf dem ursprünglich gedachten Grundstück. Jetzt hat man gemeinsam mit der Forelle, die ja auch saniert werden soll, diese Überlegung angestellt. Daß natürlich durch Zeitverzögerung gewisse Stürme aufgekommen sind und diese Unwahrheit, die Du da verbreitet hast, natürlich dazu beigetragen hat, daß diese Errichtung natürlich jetzt fast unmöglich erscheint. Es wird neuerlicher Gesprächsstoff sein. Wir werden aber daran festhalten und wir werden mit allen Bewohnern sprechen. Wir werden schauen, daß man nicht nur den Schrebergärtnern recht gibt, es sind ja auch andere Unterschriften vorhanden. Ein Streitfall, der mir direkt zugetragen wurde: Ein Betroffener, der sich dafür interessiert, Tennis zu spielen und sich für den Verein interessiert, für den hat

leider seine Frau unterschrieben. Unter Irreführung hatte man ihr die Unterschrift abgerungen, wobei daraus ein mächtiger Familienstreit entstanden ist. Das möchte ich dazu sagen. Mit so unfairen Mitteln soll man nicht handeln. Wenn man etwas macht, dann sollen alle mit-
sammen befragt werden und nicht nur ein paar betroffene Gärtner. Man soll mit allen sprechen, die es sich verdient haben, einen schöneren Wehrgraben zu erhalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Tatzreiter für diese Stellungnahme. Die KPO verzichtet, ebenso FPÖ. Darf ich nun Kollegen Treml bitten, sein Problem in der Aktuellen Stunde vorzutragen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Aufgrund des akuten Kursverfalles des Dollars kommt es zu erheblichen Verbilligungen auf dem Energiesektor. Ich möchte diese aktuelle Entwicklung heute zum Anlaß nehmen, um eine Reduzierung der überhöhten Gaspreise im Sinne der Steyrer Bevölkerung, sprich Konsumenten, zu verlangen. Der derzeitige Tarif für die Haushalte liegt bei mehr als der doppelten Höhe des Industrietarifes, wobei man wissen muß, daß auch noch der Industrietarif noch beträchtliche Gewinne gewährleistet. Ich möchte sagen, daß sich die aktuelle Entwicklung auf dem Preissektor bisher nur in Form von gewaltigen Gewinnsteigerungen bei den Energiegesellschaften bemerkbar gemacht haben. Nach der letzten Mitteilung - sie wurde ja heute veröffentlicht - der OÖ. Ferngas, mit der wir einen Vertrag haben, ist der Gaspreis um fast 20 % gefallen. Die Elektrizitätswerke Wels senken ab 15. 2. 1986 den Gastarif um 15 % und die Fernwärme um 11 %. Die SBL in Linz wird den ganzen Tarif vorläufig um 3,3 % rückwirkend mit 1. 2. 1986 senken. Diese geringfügige Senkung ist ja äußerst schwer angegriffen worden von Seiten der OÖ. Arbeiterkammer und es ist sicherlich hier von der Mehrheitsfraktion sehr eingehend in ihrem Landesorgan, dem Tagblatt, studiert worden. Daher hat es mich auch nicht gewundert, daß in Steyr als die dritte Statutarstadt auch etwas geschehen müßte und ich verlange daher vom Gemeinderat und damit auch von den Stadtwerken die sofortige Senkung des Gastarifes aber angemessen an die Preisermäßigungen von Seiten der OÖ. Ferngas und gleichzeitig damit verbunden ist auch, daß man auch die Fernwärme dementsprechend ermäßigt und damit auch zu einer bestimmten Mietenreduzierung im heurigen Jahr kommt. Es ist natürlich selbstverständlich, das hat Bürgermeister Schwarz angekündigt, falls diese Preissenkung von der OÖ. Ferngas erfolgt und sich nach heftigen Kritiken jetzt auch Steyr rührt, ist es klar für mich, daß man diese Tarifsenkung bei Gas und Fernwärme rückwirkend mit 1. Februar durchführt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Darf ich als Bürgermeister dazu etwas sagen. Die Vergleichbarkeit mit den Städten Linz und Wels ist nicht in jedem Falle hier gegeben. Steyr hat die letzte Gaspreiserhöhung am 1. oder 12. 10. 1981 durchgeführt. Wels hat Anträge auf 2 Erhöhungen, die auch genehmigt wurden, seit dieser Zeit vorgenommen, und Linz hat 3 Erhöhungen vorgenommen. Ich habe aber ungeachtet dessen den Auftrag an die Stadtwerke bereits erteilt. Ich habe es eingangs gesagt, daß eine neue Kalkulation vorgenommen und eine Überprüfung durchgeführt wird. Allerdings ist der Abgabepreis nicht gleich dem Einkaufspreis. Der Abgabepreis setzt sich ja aus anderen Faktoren zusammen. Deswegen ist eben die lineare Weitergabe nicht möglich. Ich darf aber

versichern, daß wir daran sind, dieses Problem zu lösen und daß damit zu rechnen ist, daß eine Kostenreduktion auch bei uns durchgeführt wird.

Bitte will seitens der SPÖ noch jemand sprechen? ÖVP, GAL? Da aber keine Wortmeldungen mehr vorliegen, ist auch die Aktuelle Stunde zu Ende. Meine Damen und Herren, ich darf, bevor ich die Sitzung schließe, noch bekanntgeben, daß wir heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von S 64.171.000,-- gefaßt haben. Ich danke für die Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard
Alphasamer e.h.

VB. Winklmayr Eveline e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Ramoser e.h.

August Schlager e.h.